



Presseschau vom 20.07.2022

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Technischer Hinweis:

Bei den ‚Lesetipps‘ und für Bilder verwenden wir externe Verweise auf die Originalquellen. Wegen aktuell bestehender Einschränkungen innerhalb der EU kann es vorkommen, dass einzelne Verweise zeitweilig nicht funktionieren.

In vielen Fällen lässt sich das Problem beheben, indem man in den Verbindungseinstellungen des jeweiligen Browsers ‚[DNS über HTTPS](#)‘ aktiviert ([Anleitungen](#) u.a. [hier](#)) und einen geeigneten DNS-Server (z.B. Cloudflare) festlegt.

Reicht das nicht aus, bietet sich die Nutzung eines VPN mit einem Server außerhalb der EU an. Ein Beispiel hierfür ist [ZenMate](#), das für alle gängigen Browser als kostenlose Erweiterung verfügbar ist. In der kostenlosen Version eignen sich hier die Server in den USA und Singapur.

Referenzierte Bilder werden manchmal nicht sofort angezeigt, weil die jeweiligen Quellen eine eingebaute DDoS-Prüfung verwenden. Hier hilft meist, das jeweilige Bild über das Kontextmenü des Browsers explizit neu zu laden.

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.rt.com: Live-Ticker zum Ukraine-Krieg

Russland führt gemeinsam mit den Streitkräften der Donbass-Republiken eine Militäroperation in der Ukraine durch. Der Westen reagiert mit immer neuen Waffenlieferungen an die Ukraine und beispiellosen Sanktionen. Hier lesen Sie die neuesten Entwicklungen. ...

<https://kurz.rt.com/2tg9> bzw. [hier](#)

Wladimir Prochwatilow: Kasachstan sucht für sein Öl einen Weg um Russland herum – das ist sinnlos und gefährlich

Für die in der Westhörigkeit der Eliten Kasachstans wurzelnde Abkühlung der Beziehungen mit Russland gibt es ein neues Beispiel: In Nursultan sucht man Wege, bei Erdölexporten den Transit durch Russland zu vermeiden. Schon die Suche ist jedoch gefährlich – und zudem sinnlos. ...

<https://kurz.rt.com/3314> bzw. [hier](#)

Dagmar Henn: Vom Volksfestschlager zum Protestsong – Wird Deutschland im Herbst "Layla" singen?

Wenn gerade in Deutschland darüber debattiert wird, ob das Lied "Layla" auf Volksfesten gespielt werden darf oder nicht, erinnert mich das an eine Geschichte aus meiner Jugend. Irgendwie hat sich die woke Gesellschaft mit diesem Verbot ins Knie geschossen. ...

<https://kurz.rt.com/330h> bzw. [hier](#)

Iwan Suenko: Die USA ziehen den Westen in eine Auseinandersetzung mit China hinein

Die USA nutzen die Ukraine-Krise, um den Westen hinter seinem eigentlichen Ziel zu vereinen: dem Schlagabtausch mit China. Die Welt bewegt sich von einer europäischen zu einer echten globalen Sicherheitskrise. Kann China der große Nutznießer der Entwicklungen sein? ...

<https://kurz.rt.com/32rv> bzw. [hier](#)

Seyed Alireza Mousavi: Die Illusion einer russischen Isolation – Achse Teheran-Moskau zeichnet sich ab

Auf dem Teheraner Gipfel kam Russland mit dem erbitterten Gegner der USA, Iran, und dem NATO-Staat Türkei zusammen. Das Treffen machte deutlich, dass der Kreml diplomatisch – entgegen der medialen Darstellung im Westen – alles andere als "isoliert" ist. Moskau und Teheran versuchen seit dem Ukraine-Krieg, ein asiatisches Gegenmodell zum arabisch-israelischen Ordnungsmodell im Nahen Osten zu etablieren. ...

<https://kurz.rt.com/332i> bzw. [hier](#)

Pjotr Akopow: Putins Besuch in Teheran öffnet Russland und Iran den Weg zur strategischen Partnerschaft

Iraner haben eine große und leidvolle Erfahrung, ihre Identität und Zukunft besser zu gestalten, ohne sich dabei auf den Westen zu verlassen. Russland könnte hierbei noch von ihnen lernen. ...

<https://kurz.rt.com/332z> bzw. [hier](#)

abends/nachts:

20:35 de.rt.com: Ukrainische Webseite "Mirotworez" veröffentlicht personenbezogene Daten von 327 Minderjährigen

Russland werde dem UN-Generalsekretär António Guterres am Mittwoch Informationen über die Aufnahme von 327 Minderjährigen in die Liste der berüchtigten ukrainischen Webseite "Mirotworez" übermitteln. Dies erklärte der Erste Stellvertretende Ständige Vertreter

Russlands bei der Organisation Dmitri Poljanski auf einer Sitzung des UN-Sicherheitsrats. Poljanski wörtlich:

"Russische Nichtregierungsorganisationen haben herausgefunden, dass persönliche Daten von mindestens 327 Minderjährigen auf der Mirotworez-Webseite veröffentlicht wurden, was ihr Leben in echte Gefahr bringt. Wir werden die Informationen heute an den Generalsekretär weiterleiten."

Die Plattform enthält eine offene Datenbank mit persönlichen Daten der Menschen, die angeblich eine Gefahr für die nationale Sicherheit der Ukraine darstellen. Das Portal wurde nach den Morden an Oles Busina und Oleg Kalaschnikow, deren persönliche Daten, einschließlich Adressen, auf der Webseite veröffentlicht wurden, weitgehend bekannt.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62d6e12148fbef77ef10e813.jpg>

20:50 de.rt.com: **Irans Oberster Führer warnt Erdoğan vor einem Militärschlag gegen Syrien**

Das religiöse Oberhaupt Irans, Ali Chamenei, hat Ankara am Tag der Gespräche mit Russland und der Türkei aufgefordert, seine Militäroperation in Nordsyrien einzustellen. Erdoğan hatte diese Anfang Juli eingeleitet und erklärt, er wolle eine Sicherheitszone zum Schutz vor Terroristen schaffen.

Jeder Angriff auf Nordsyrien schade der Türkei, Syrien und der gesamten Region, so der geistliche Führer des Iran, Ali Chamenei. Diese Äußerung tätigte er in einem Gespräch mit dem türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan, wie die iranische Nachrichtenagentur IRNA [berichtete](#).

Chamenei erklärte, dass der Terrorismus unbedingt bekämpft werden müsse. Ein militärischer Angriff auf Syrien nütze aber eher den Terroristen selbst. Er betonte, dass das Sicherheitsproblem auf dem Verhandlungsweg gelöst werden und Iran, die Türkei, Syrien und Russland sich gemeinsam auf eine Lösung einigen sollten.

Der Ayatollah betonte auch, dass der Iran in dieser Frage auf jeden Fall mit der Türkei zusammenarbeiten werde, da Ankara dies als entscheidend für seine Sicherheit betrachte und der Iran sich um die Sicherheit der Türkei Sorge. Chamenei sei auch der Ansicht, dass der Dialog zwischen Teheran und Ankara intensiviert werden sollte, da die Anzahl und die Qualität der türkisch-iranischen Kontakte bisher weit unter dem Potenzial der Beziehungen zwischen den beiden Ländern lägen.

Erdoğan erklärte seinerseits, Ankara habe sich stets gegen Sanktionen gegen den Iran ausgesprochen und werde dies auch weiterhin tun. Er sagte zudem, dass die Türkei die "legitimen Erwartungen" Irans bei der Aushandlung eines "Atomabkommens" unterstütze und Unternehmen ermutige, in Iran zu investieren. Der türkische Präsident erklärte überdies, dass terroristische Gruppen in Syrien seit Jahren von den USA, Deutschland, Großbritannien und Frankreich finanziell unterstützt würden.

Am 19. Juli flog Erdoğan nach Teheran zu einem Treffen mit Putin und Ali Chamenei. Für

diesen Tag waren in Teheran trilaterale Gespräche mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin angesetzt. Eines der Themen des Treffens betraf die Verhandlungen über den Export von Getreide aus den blockierten Schwarzmeerhäfen der Ukraine.

Die Türkei hatte am 1. Juli eine neue Militäroperation in Nordsyrien gestartet. Nach Angaben von Recep Tayyip Erdoğan zielt diese darauf ab, die Kontrolle über die Städte Tall Rifaat und Manbidsch zu übernehmen und eine 30 Kilometer lange Sicherheitszone entlang der türkischen Grenze zu schaffen. Erdoğan zufolge beabsichtige die Türkei, zu diesem Zweck in Zukunft auch andere Gebiete in der türkisch-syrischen Grenzregion zu erobern.

Die nördlichen Teile Syriens entlang der Grenze zur Türkei werden von der Militärallianz der Syrischen Demokratischen Kräfte kontrolliert, die mit Unterstützung der US-geführten internationalen Koalition in Syrien gebildet wurde. Zu dem Bündnis gehören auch die kurdischen Volksverteidigungseinheiten (YPG) sowie der militärische Flügel der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK). Die Türkei betrachtet die PKK und die YPG ihrerseits als terroristische Organisationen.

Das syrische Außenministerium hatte scharf auf die jüngste türkische Militäroperation reagiert. Es bezeichnete diese als eine Verletzung der Souveränität Syriens.

Moskau ist seinerseits der Ansicht, dass der türkische Militäreinsatz in Syrien die Spannungen in der Region verschärfen werde. Alexander Lawrentjew, der Sondergesandte des russischen Präsidenten für die Beilegung des Syrien-Konflikts, sagte am 15. Juli:

"Wir glauben, dass diese Operation ein unkluger Schritt wäre, der zu einer Destabilisierung der Lage, einer Eskalation der Spannungen und einer neuen Runde bewaffneter Auseinandersetzungen in diesem Land führen könnte."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62d6cbf0b480cc1c625e1f10.jpg>

21:17 de.rt.com: **USA melden erfolgreichen Test von Hyperschallwaffen**

US-Unternehmen Raytheon Technologies Corp. hat den Erfolg des zweiten Flugtests seiner für die US-Luftwaffe entwickelten Hyperschallwaffe gemeldet. Die Waffe könne Hyperschallgeschwindigkeiten von bis zu 6.000 Kilometer pro Stunde und mehr erreichen. Das US-Unternehmen Raytheon Technologies Corp. hat in Zusammenarbeit mit Northrop Grumman den zweiten Flugtest einer Hyperschallwaffe erfolgreich abgeschlossen. Diese Hyperschallwaffe mit Luftstrahlantrieb wurde für die US-Organisation für Forschungsprojekte der Verteidigung DARPA und die US-Luftwaffe entwickelt. In der Erklärung des Unternehmens heißt es:

"In diesen Flugtest flossen die Daten und Erkenntnisse des ersten Fluges ein. Der Test erfüllte alle primären und sekundären Ziele, einschließlich der Demonstration der taktischen Reichweite."

Die Waffe ist in der Lage, Hyperschallgeschwindigkeiten von Mach 5 und mehr zu erreichen (Mach 1 entspricht 1.224 Kilometer pro Stunde). Das System wird mit Kohlenwasserstoff-Kraftstoff angetrieben, und da es Sauerstoff für die Verbrennung nutzt, benötigt es keine Oxidationsanlage an Bord, so die Pressestelle. Dan Olson, Vizepräsident und Generaldirektor

für Waffensysteme bei Northrop Grumman, sagte:

"Der zweite Flugtest ist ein großer Schritt auf dem Weg zur Flugbereitschaft der Scramjet-Technologie. Fast 20 Jahre Forschung und Entwicklung im Bereich des Düsenantriebs haben sich auszagezahlt."

Zuvor, am 13. Juli, hatte Reuters das Pentagon mit der Aussage zitiert, die USA hätten vor kurzem zwei Lockheed Martin Corp.-Hyperschallraketen erfolgreich getestet, da sie befürchteten, Russland und China seien bei der Entwicklung ihrer eigenen Hyperschallwaffen erfolgreicher gewesen. Ein US-amerikanischer B-52-Bomber startete einen Hyperschall-Schnellangriffsflugkörper (ARRW). Die Rakete bewegt sich in der oberen Atmosphäre mit rund 6.200 Kilometer pro Stunde.

Auch die US-Luftwaffe meldete am 13. Mai einen erfolgreichen Test von ARRW vor der Küste von Südkalifornien.

Die Entwicklung einer eigenen Hyperschallrakete für die USA war im Mai 2020 vom damaligen US-Präsidenten Donald Trump angekündigt worden. Ihm zufolge wird die vom US-Militär entwickelte Rakete 17-mal schneller sein als die derzeit schnellste Rakete der Welt und kann Ziele in einer Entfernung von 1.600 Kilometer treffen.

CNN berichtete über einen geheimen US-Test einer Hyperschallrakete Mitte März. Nach Angaben des Senders erfolgte der Start einige Tage, nachdem Moskau behauptet hatte, die Hyperschallrakete Kinschal bei der Sonderoperation in der Ukraine eingesetzt zu haben.

Mitte März teilte der Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums, Igor Konaschenkow, mit, dass die russischen Streitkräfte bei der Spezialoperation in der Ukraine ein großes unterirdisches Munitionsdepot unter Einsatz des Flugkörpersystems mit ballistischen Hyperschallraketen Kinschal zerstört hätten.

Am 9. Mai gab der damalige stellvertretende russische Ministerpräsident Juri Borissow bekannt, dass Russland an einer neuen Generation von boden-, luft- und seegestützten Hyperschallraketen arbeitet. Er sagte:

"Sie werden die bestehenden und vielversprechenden Entwicklungen der führenden Nationen in ihren Eigenschaften übertreffen."

Er erklärte, die neuen Raketen seien für die Ausrüstung modernisierter und fortschrittlicher Flugzeugsysteme vorgesehen. Borissow fügte hinzu:

"Die Tests mit den Raketenträgern Tu-22M3M sind bereits im Gange."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62d6b4d648fbef1caa4178f9.jpg>

21:50 de.rt.com: **Irans Oberster Führer: NATO wollte Krieg unter Vorwand der Krim-Befreiung beginnen**

Das religiöse Oberhaupt Irans, Ali Chamenei, hat bei Gesprächen mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin erklärt: Wenn Russland die Handlungen der NATO in der Ukraine

nicht gestoppt hätte, dann hätte das Militärbündnis nach einiger Zeit unter dem Vorwand der Befreiung der Krim einen Krieg begonnen. Wörtlich sagte er:
"Wenn der Weg für die NATO offen ist, sieht diese Organisation keine Grenzen. Wenn sie in der Ukraine nicht gestoppt worden wäre, hätte die Allianz nach einiger Zeit einen Krieg unter dem Vorwand der Krim begonnen."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62d705bdb480cc311537eac9.jpg>

22:15 de.rt.com: **Ukraine will Sanktionen gegen Familien der russischen Militärangehörigen verhängen**

Die Ukraine arbeitet an der Verhängung von Sanktionen gegen die Mitglieder russischer Militärfamilien. Dies verkündete der Leiter des ukrainischen Präsidialamtes, Andrei Jermak, in einem Interview:

"Ich will, dass jeder Soldat, der heute unseren Boden betritt, seine Verwandten, seine Kinder, seine Familie ebenfalls auf der Sanktionsliste stehen. Aus rechtlicher Sicht ist das immer noch schwierig, aber wir arbeiten daran."

Wenn ein Militärangehöriger an der russischen Sonderoperation teilnehme, sollten seine Kinder nicht in westlichen Ländern studieren, so Jermak weiter. Der Politiker glaubt, dass es der Ukraine in Zukunft gelingen wird, derartige Sanktionen zu verhängen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62d6fe3cb480cc1b96231866.jpg>

22:38 de.rt.com: **Erdoğan: Russlands Position zu Getreideverhandlungen ist konstruktiv**

Der türkische Präsident hat die konstruktive Haltung Russlands bei den Verhandlungen über ukrainisches Getreide gewürdigt. Putin bedankte sich bei Erdoğan für die türkische Vermittlung. Ihm zufolge sind noch nicht alle Probleme gelöst, aber es gebe richtige Bewegung.

Russland hat bei den Gesprächen über ukrainisches Getreide in Istanbul eine äußerst positive und konstruktive Haltung eingenommen. Dies erklärte der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan. Bei dem Treffen mit Präsident Wladimir Putin in Teheran sagte er:

"Natürlich wird das Ergebnis, das wir nach diesen Gesprächen erhalten werden, zweifellos auf der ganzen Welt diskutiert werden."

Der russische Staatschef wiederum dankte seinem Kollegen dafür, dass die Türkei in der Frage der Getreideexporte über das Schwarze Meer vermittelt und eine Plattform für Verhandlungen bietet. Putin sagte:

"Dank Ihrer Vermittlung haben wir Fortschritte gemacht. Es sind noch nicht alle Probleme gelöst, aber die Tatsache, dass es Bewegung gibt, ist schon gut."

Erdoğan dankte dem russischen Präsidenten auch im Namen der türkischen Delegation und äußerte die Hoffnung auf einen "konstruktiven Verlauf" der Gespräche.

Seit Beginn der russischen Sonderoperation hat sich in den ukrainischen Häfen Getreide angesammelt, das die Schiffe nicht abtransportieren können. EU-Chefdiplomat Josep Borrell erklärte, Russland sei für die Blockade des Getreides und dessen Verknappung auf den Weltmärkten verantwortlich.

Putin wies diese Vorwürfe zurück und erklärte, Moskau verhindere nicht die Ausfuhr von ukrainischem Weizen und Mais. Exporte auf dem Seeweg seien nicht möglich, weil Kiew seine Häfen verminnte, während es "andere Möglichkeiten für den Export" von Getreide gibt, etwa über Rumänien, Polen oder Weißrussland, betonte der russische Präsident. Er wies auch darauf hin, dass die Lebensmittelprobleme auf der Welt schon lange vor der russischen Sonderoperation in der Ukraine begonnen hatten und dass die in den ukrainischen Häfen befindlichen Getreidemengen diese Probleme nicht global lösen werden.

Die Türkei fungierte bei den Verhandlungen über die Ausfuhr ukrainischen Getreides als Vermittler. Vertreter von vier Delegationen – Russland, der Ukraine, der Türkei und der UNO – trafen letzte Woche in Istanbul zusammen. Moskau übermittelte seine Vorschläge zur Lösung der Getreidesituation und stellte fest, dass sie auf der Tagung allgemein unterstützt wurden. Laut dem türkischen Verteidigungsminister Hulusi Akar sind die nächsten Gespräche für diese Woche geplant.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62d6fc4db480cc20c7109ccb.jpg>

vormittags:

6:30 de.rt.com: **Lettischer Präsident befürwortet Entzug der Staatsbürgerschaft wegen Unterstützung Russlands**

Personen, die die russische Spezialoperation in der Ukraine unterstützen, können auf die Liste für den Entzug des lettischen Passes gesetzt werden. Dies erklärte der lettische Präsident Egils Levits. Es geht dabei um diejenigen, die eine doppelte Staatsbürgerschaft haben.

In Lettland lebende Russen, die Moskaus Position zur Ukraine unterstützen, stehen "außerhalb des Spektrums der Demokratie" und können die lettische Staatsbürgerschaft verlieren. Dies sagte der lettische Präsident Egils Levits in einem Interview mit RTVI. Seiner

Meinung nach ist eine neutrale Position in der gegenwärtigen Situation nicht möglich, denn wenn eine Person neutral ist, "bedeutet das, dass sie das Wesentliche der Sache nicht verstanden hat". Levits erklärte:

"Und es gibt einen Teil der lettischen Russen, der eindeutig proukrainisch ist, und es gibt immer noch diejenigen, die noch nicht verstanden haben, was vor sich geht, und sich allmählich in diese Richtung bewegen, in die richtige Richtung. Ein Teil – und das ist die Minderheit – unterstützt die russische Position. Und das bedeutet, dass sie außerhalb des Spektrums der Demokratie stehen."

Er sagte, dass Personen, die "außerhalb des demokratischen Spektrums" stehen, auf eine Liste gesetzt werden könnten, um ihnen die lettische Staatsbürgerschaft zu entziehen. Der Präsident fügte hinzu:

"Den Menschen, die eine doppelte Staatsbürgerschaft haben, kann diese entzogen werden. Es gibt jetzt einen solchen Gesetzesentwurf in der Saeima."

Die Saeima, das lettische Parlament, hatte im April ein Gesetz verabschiedet, das den Entzug der Staatsbürgerschaft für die Unterstützung von Aktionen vorsieht, die die territoriale Integrität anderer Demokratien bedrohen. Lettland ist der Ansicht, dass zu diesen Aktionen auch die russische Operation in der Ukraine gehört. Unterstützung wird definiert als finanzielle, materielle, propagandistische, technologische oder sonstige Unterstützung von Personen und Ländern, die Verbrechen gegen den Frieden, Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit oder Kriegsverbrechen begangen haben, die die territoriale Unversehrtheit, Souveränität und Unabhängigkeit von Demokratien oder die verfassungsmäßige Ordnung bedrohen. Die Staatsbürgerschaft kann auch bei direkter Beteiligung an solchen Handlungen entzogen werden.

Das Gesetz bezieht sich nur auf Personen mit doppelter Staatsbürgerschaft. Wenn die lettische Staatsbürgerschaft die einzige Staatsbürgerschaft einer Person ist, kann sie ihr nicht entzogen werden.

Die Entscheidung über den Entzug der Staatsbürgerschaft wird von der lettischen Behörde für Staatsbürgerschaft und Migration getroffen, berichtet die Zeitung LSM. Nach Angaben von Behördensprecher Madara Puķe haben insgesamt 35.000 Menschen im Land die doppelte Staatsbürgerschaft, davon sind 3.270 russische Staatsbürger. Der Entzug des lettischen Reisepasses kann vor Gericht angefochten werden, doch wie die Behörde feststellt, habe das Gericht in fast allen derartigen Fällen die Entscheidung bisher unverändert gelassen. Das russische Außenministerium verurteilte die Entscheidung der Saeima. Das Ministerium erklärte:

"Inmitten der antirussischen Hysterie, die in Lettland beispiellose Ausmaße angenommen hat, zeigt die Verabschiedung solcher Änderungsanträge die Zerstörung der letzten Triebe der Demokratie in diesem baltischen Land."

Das Ministerium schloss nicht aus, dass die Zahl der Anschuldigungen "gegen russischsprachige Einwohner" in Lettland zunehmen könnte. Alle russischen Fernsehsender dürfen seit dem 9. Juni 2022 nicht mehr in Lettland senden. Der Nationale Rat für elektronische Medien Lettlands (NEPLP) beschloss, dass das Verbot bis zur Beendigung der Feindseligkeiten in der Ukraine und der Rückkehr der Krim zur Ukraine in Kraft bleibt. In der Vergangenheit hatten die lettischen Behörden regelmäßig die Ausstrahlung bestimmter russischer Fernsehsender verboten. So wurden am 30. Juni 2020 sieben Fernsehkanäle von Russia Today (RT) mit einem Sendeverbot belegt, und am Tag des Beginns der Sonderoperation in der Ukraine, dem 24. Februar 2022, wurden Rossija und Rossija 24 mit einem Sendeverbot belegt.

Im Mai 2022 hatte die Saeima ein Gesetz verabschiedet, mit dem ein Artikel des Vertrages mit Russland, der die Erhaltung von Kriegsdenkmälern garantiert, aufgehoben worden war. Damit wurden die rechtlichen Beschränkungen gegen den Abriss des Denkmals für die Befreier von Riga, auf dem einige Abgeordnete bestanden hatten, aufgehoben. Der Stadtrat von Riga

stimmte für die Demontage des Denkmals. Nach Angaben von Bürgermeister Mārtiņš Staķis wird der Abbau bis zum 15. November abgeschlossen sein. Gleichzeitig weigerten sich die Rigaer Behörden, das Denkmal nach der Demontage an Russland zu übergeben.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62d6e7c548fbef6fb5031efa.jpg>

Der lettische Präsident Egils Levits

7:00 de.rt.com: **Volksrepublik Lugansk: Erster Tag ohne Beschuss**

Das ukrainische Militär hat am 19. Juli einen Tag lang keine bewohnten Gebiete der Volksrepublik Lugansk beschossen – erstmals seit der Eskalation am 17. Februar dieses Jahres. Dies [meldete](#) Oberstleutnant Andrei Marotschko, der Sprecher der LVR-Volksmiliz, am Mittwoch auf seinem Telegram-Kanal:

"In den vergangenen 24 Stunden, am 19. Juli 2022, hat die LVR-Vertretung im Gemeinsamen Zentrum für Kontrolle und Koordinierung des Waffenstillstandsregimes im Donbass keinen Beschuss bewohnter Gebiete registriert."

7:16 de.rt.com: **Putin nach trilateralem Treffen in Teheran: "Haben dem Terrorismus das Rückgrat gebrochen"**

In Teheran haben Gespräche zwischen Iran, Russland und der Türkei stattgefunden. Die Staatsoberhäupter hielten eine gemeinsame Pressekonferenz ab. Anschließend beantwortete Wladimir Putin die Fragen von Journalisten.

Am 19. Juli haben Russland, Iran und die Türkei im Rahmen der Astana-Plattform erneut die Beilegung des Konflikts in Syrien diskutiert. Gleich nach der gemeinsamen Pressekonferenz mit den Staatshäuptern des Astana-Formats in der iranischen Hauptstadt Teheran antwortete der russische Präsident Wladimir Putin ausführlich auf die Fragen der Journalisten. Der russische Staatshäupter rief die USA erneut dazu auf, die Ausplünderung des syrischen Volkes zu beenden. Putin wörtlich:

"Die US-amerikanischen Truppen sollen dieses Gebiet verlassen. Sie sollen aufhören, den syrischen Staat und das syrische Volk zu plündern und illegal Öl von dort zu exportieren."

Irans Präsident Ebrahim Raisi machte während der gemeinsamen Erklärung der drei Garantieländer zur Konfliktbeilegung in Syrien ebenfalls auf die Lage in Syrien aufmerksam. Putin fügte hinzu, dass die Arbeit in Syrien fortgesetzt werde und Kompromisse dazu geführt hätten, dass bereits mehr als 90 Prozent des Landes von den offiziellen Behörden kontrolliert würden:

"Das Rückgrat des internationalen Terrorismus haben wir dort gebrochen."

Auch die bilateralen Beziehungen zwischen Russland und Iran wurden angesprochen. Putin gab bekannt, dass die Verwendung nationaler Währungen für direkte Zahlungen zwischen den beiden Ländern vereinbart worden sei. Er merkte an, dass er mit Ebrahim Raisi vor allem über wirtschaftliche Fragen gesprochen habe. Zudem wies Putin darauf hin, dass der Handel zwischen Russland und Iran in den vergangenen sechs Monaten um 40 Prozent gestiegen sei.

"Wir haben vielversprechende Bereiche für unsere Zusammenarbeit, und zwar in einer

Vielzahl von Sektoren. Einer davon ist die Entwicklung der Infrastruktur."

Mit dem Staatschef der Türkei Recep Tayyip Erdoğan hat Wladimir Putin die Ernährungssicherheit und die Versorgung der Weltmärkte mit Getreide aus Russland und der Ukraine besprochen. Putin dankte Erdoğan für seine Bemühungen "zu vermitteln, indem die Türkei eine Plattform für Verhandlungen über Lebensmittelprobleme und Getreideexporte über das Schwarze Meer geschaffen hat". In Bezug auf andere Aspekte der Gespräche mit dem türkischen Präsidenten erklärte Putin:

"Die russisch-türkische Zusammenarbeit entwickelt sich in mehreren Bereichen dynamisch." Die USA sollten alle Beschränkungen auf Getreideexporte aus Russland aufheben, wenn sie die Lage auf dem Lebensmittelmarkt verbessern wollten, so Putin weiter. Auf die Frage, ob Russland zu Recht für die Energiekrise verantwortlich gemacht werde, antwortete Putin, Europa habe die traditionelle Energie vernachlässigt und sich auf alternative Quellen verlassen:

"Sie sind große Spezialisten für nichttraditionelle Beziehungen. Im Energiesektor haben sie daher beschlossen, auf unkonventionelle Energien zu setzen: Solar- und Windenergie. Dann aber plötzlich ein langer Winter, windstill. Das wär's."

Nord Stream 2 müsse in Betrieb genommen werden, um Gas nach Europa zu liefern. Die Pipeline werde aber bereits zur Hälfte für den russischen Inlandsmarkt eingesetzt, so Putin. Unterdessen trage die Ukraine zu der Energiekrise bei. Das Land habe eine ihrer Energierouten aus politischen Gründen geschlossen. Angeblich "weil die Gaspumpstation nicht unter ihrer Kontrolle, sondern auf dem Gebiet der Volksrepublik Lugansk liegt". Putin präzisierte ferner:

"Doch diese Station geriet vor einigen Monaten unter die Kontrolle der Volksrepublik Lugansk. Sie haben sie vor kurzem geschlossen. Ohne jegliche Gründe."

In Bezug auf die Militäroperation in der Ukraine nannte Putin die Länder, die angeboten hätten, bei den Gesprächen zwischen Russland und der Ukraine zu vermitteln. Es handele sich um die Türkei, Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate.

Der russische Präsident betonte, dass Kiew nicht verhandlungsbereit sei und seine Verpflichtungen nicht erfülle, während sich die russischen Truppen aus Kiew zurückgezogen hätten, um die Voraussetzungen für Verhandlungen zwischen den Ländern zu schaffen.

Ebrahim Raisi, Wladimir Putin und Recep Tayyip Erdoğan gaben die Erklärungen nach dem trilateralen Gipfeltreffen zu Syrien in Teheran ab. Die Länder kamen überein, die nächsten Gespräche im Rahmen des Astana-Formats vor Ende 2022 auf diplomatischer Ebene in Moskau abzuhalten.

Trotz der umfangreichen Themenbereiche bei den stattgefundenen Verhandlungen zog das Weiße Haus aus dem Besuch des russischen Präsidenten Wladimir Putin in Teheran den einzigen Schluss, dass Russland weitgehend isoliert sei. Der Koordinator für strategische Kommunikation des Nationalen Sicherheitsrats John Kirby sagte wörtlich:

"Ich würde sagen, dass dieser Besuch zeigt, wie sehr Putin und Russland isoliert sind: Sie müssen sich nun an Iran wenden, um Hilfe zu erhalten."

Zudem verurteilten Russland, Iran und die Türkei die anhaltenden Angriffe Israels auch auf zivile Ziele in Syrien. Die drei Staatschefs bekräftigten, dass die Krise in Syrien nur friedlich und von den Syrern selbst gelöst werden könne. In diesem Zusammenhang lehnten die Garantieländer der Konfliktbeilegung in Syrien alle einseitigen Sanktionen gegen das Land ab und bestätigten ihre Absicht, dem Terrorismus in Syrien ein Ende zu setzen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62d7390348fbef7382547440.jpg>

Der russische Präsident Wladimir Putin beantwortet Fragen von Journalisten nach dem Treffen der Staatsoberhäupter Russlands, Irans und der Türkei am 19. Juli in Teheran

7:50 de.rt.com: Ukrainischer Verteidigungsminister lädt westliche Fabrikanten zur Erprobung neuer Waffen ein: "Die Ukraine ist ein Testgelände"

Der ukrainische Verteidigungsminister Alexei Resnikow nannte sein Land ein Testgelände für Waffen. Er lud westliche Waffenhersteller ein, ihre neuen Produkte auf dem Schlachtfeld gegen Russland zu testen. Dies brachte er im Rahmen einer vom Atlantic Council organisierten Diskussion per Videokonferenzschaltung zu Gehör:

"Die Ukraine ist jetzt im Wesentlichen ein Testgelände. Viele Waffen werden jetzt im Feld unter Bedingungen echter Kampfhandlungen gegen die russische Armee getestet, die ihrerseits über mehr als genug eigene fortschrittliche Systeme verfügt."

8:08 de.rt.com: Syrien bricht diplomatische Beziehungen zur Ukraine ab

Nach der Erklärung der Ukraine über einen Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Syrien Ende Juni hat das Land im Nahen Osten mit einer reziproken Erklärung reagiert. Anlass für Kiews Demarche war die Anerkennung der Volksrepubliken Donezk und Lugansk durch Damaskus.

Syrien hat seine diplomatischen Beziehungen zur Ukraine abgebrochen. Dies [meldet](#) die syrische staatliche Nachrichtenagentur SANA mit Verweis auf eine Quelle im Außenministerium des Landes – eine offizielle Bekanntgabe scheint bisher nicht erfolgt zu sein.

Der Schritt ist eine Reaktion auf eine Erklärung Kiews über den Abbruch der Beziehungen zu Damaskus vom 30. Juni 2022. Dafür hatten die Kiewer Behörden die Anerkennung der Volksrepubliken Donezk und Lugansk durch Syrien am Vortag zum Anlass genommen. Syrien war nach Russland das zweite Land, das die beiden Republiken anerkannte. Neben dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen verhängte Kiew außerdem ein Embargo gegen Syrien sowie Sanktionen gegen syrische juristische und natürliche Personen.

Allerdings habe Kiew die diplomatischen Beziehungen zu Syrien deutlich früher – nämlich im Jahre 2018 – de facto abgebrochen, und zwar durch Verweigerung von Visa an syrische Diplomaten, stellt SANA mit Verweis auf den Mitarbeiter des Außenamtes in Damaskus fest. Dieser führte aus:

"Infolge dieses Schrittes konnten die Diplomaten ihrer Arbeit nicht nachgehen, und der Betrieb der Botschaft [Syriens in der Ukraine] wurde eingestellt – alles infolge der feindseligen Haltung der ukrainischen Regierungsbehörden gegen Syrien und ihres diesbezüglichen blinden Gehorsams gegenüber der Politik des Westens und der USA." Außerdem schloss Kiew bereits davor, schon im Jahre 2016, die ukrainische Botschaft in

Damaskus.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62d7a525b480cc134d6aa3ab.jpg>

8:13 de.rt.com: **Kiew: Haben bald US-Gefechtsfeldraketen mit 300 Kilometer Reichweite**

Die Ukraine wird bald Munition mit größerer Reichweite für die Raketenartilleriesysteme HIMARS und MLRS erhalten, so ein ranghoher Kiewer Politiker. Es geht anscheinend um Gefechtsfeldraketen mit bis zu 300 Kilometern Reichweite – und damit um enorme Eskalationsgefahr.

Die Ukraine wird schon bald Raketen mit größerer Reichweite als Munition für die Mehrfachraketenwerfersysteme HIMARS und MLRS erhalten. Der Sekretär des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates der Ukraine Alexei Danilow kündigte dies am Dienstag während eines Fragemarathons live im Fernsehen an.

Es geht allem Anschein nach um die ballistischen Gefechtsfeldraketen der Serie ATACMS, deren Startcontainer statt der sechsfachen Raketengeschoss-Werferpakete auf die Plattformen HIMARS (ein Stück) oder MLRS (zwei Stück oder auch ein Stück in Kombination mit einem Mehrfachraketen-Werferpaket) im Feld geladen werden können. Denn für den Einsatz auf HIMARS und MLRS haben nur diese Gefechtsfeldraketen im Gegensatz zu "normalen" Raketengeschossen eine Reichweite von bis zu 300 Kilometern.

Auf die explizite Frage, ob die Ukraine mit Langstreckengeschossen von bis zu 300 Kilometern Reichweite rechnen könne, antwortete Danilow nämlich Folgendes:

"Was HIMARS betrifft, so gibt es ein gewisses Verständnis darüber, dass wir bereits Geschosse empfangen, die viel weiter fliegen als das, was zu Beginn da war. Und wir wollen hoffen, dass das, was wir brauchen, in naher Zukunft auf dem Territorium unseres Landes auftauchen wird."

Am 13. Juli hatte Fjodor Wenislawski als Abgeordneter der Werchowyna Rada und Mitglied des parlamentarischen Ausschusses für nationale Sicherheit, Verteidigung und Nachrichtendienste bekanntgegeben, dass die Ukraine "auf allen Ebenen" mit den USA über die Notwendigkeit verhandele, der Ukraine HIMARS- und MLRS-kompatible ballistische Gefechtsfeldraketen mit einer Reichweite von 300 km zu liefern. Der ukrainische Verteidigungsminister Alexei Resnikow erklärte seinerseits, dass derartige Ersuchen seit Langem gestellt worden seien – und "die Gespräche gehen weiter" –, betonte aber, dass die Rada-Abgeordneten nicht an den Verhandlungen beteiligt seien.

Am 1. Juni kündigten die US-Behörden an, dass sie der Ukraine ein neues Militärhilfepaket im Wert von 700 Millionen US-Dollar zur Verfügung stellen werden, welches auch die Werfersysteme HIMARS und Munition für diese Waffen umfasse. Für HIMARS wurden mehr als 20 verschiedene Munitionstypen entwickelt, deren Reichweite je nach Typ zwischen 30 und 80 (die Geschosse des Mehrfachraketenwerfers) und 300 oder mehr Kilometern (die ATACMS-Gefechtsfeldraketen) liegen kann. Die Letztgenannten waren offiziell zunächst nicht Teil der einen Monat später in der Ukraine eingetroffenen Lieferungen – dennoch stellen auch diese Lieferungen bereits eine Eskalation seitens der USA im Vergleich zu deren

früheren Waffenlieferungen dar: Die mittels des Satelliten-Navigationssystems GPS der USA gelenkten und an die Ukraine gelieferten GMLRS-Raketengeschosse mit 60 bis 80 Kilometern Reichweite erfordern lediglich die Eingabe der Zielkoordinaten – die das ukrainische Militär nicht zuletzt unmittelbar aus den Aufklärungsdaten erhält, die von den USA bezogen aus Satellitenbildern, aber auch aus anderen Informationen, bereitgestellt werden.

Die Lieferung der ballistischen Gefechtsfeldraketen der ATACMS-Reihe von den USA oder deren "Verbündeten", die der hohe ukrainische Beamte ankündigt, wäre allerdings ein weiterer und weitaus heftigerer Eskalationsschritt: Denn bereits zuvor griff Kiew mit den verfügbaren Waffen – nicht zuletzt mit Gefechtsfeldraketen "Totschka-U" aus der Sowjetzeit mit einer Reichweite von 120 Kilometern – neben militärisch relevanten Zielen in russischen Grenzregionen auch [Wohnhäuser](#) an. Doch eine Steigerung der Reichweite der ukrainischen Raketentruppen bis zu 300 Kilometern würde ihnen Ziele deutlich tiefer im Inneren Russlands zugänglich machen:

Die Großstädte Kursk und Belgorod, Smolensk, Woronesch, Rostow am Don und natürlich die Halbinsel [Krim](#) samt Sewastopol, wo sie mit diesen Raketen ganz routiniert ausschließlich Orte mit einem hohen Aufkommen an Zivilisten oder katastrophengefährdete Objekte wie Chemiewerke angreifen könnten.

Denn ebenso griffen sie bereits zuvor mit ihren verfügbaren Artillerie- und Raketenwaffen zivile [Infrastruktureinrichtungen](#) wie [Kliniken](#) und [Wohngebiete](#), auch mit mehrstöckigen Mehrfamilienwohnhäusern, in Ortschaften der Volksrepubliken Donezk und Lugansk an, wo sich ihnen keinerlei militärisch relevante Ziele boten. Darüber hinaus hätte Kiew die Option, den Krieg noch weiter zu eskalieren, wobei die ukrainischen Raketentruppen zum Beispiel Staudämme – oder auch Atomkraftwerke in der Nähe dieser Städte angreifen könnten. Dies wären die AKW Kursk, Nowy Woronesch, Smolensk, möglicherweise auch Rostow. Zwar ist dies die denkbar größte Eskalation (abgesehen von bislang glücklicherweise nur von Nonplusultra-Kriegstreibern in den USA in den Raum gestellten unmittelbaren Atomangriffen).

Doch die absolut ungebremste Gedankenlosigkeit, mit der die höchste politische Elite der Ukraine nach dem Maidan-Putsch öffentlich davon schwärmte, Atomwaffen zum Beispiel zur Erpressung von Drittstaaten zu verwenden, gibt Grund zu der Annahme: Kiew und seine "Freunde" im Westen [fassen](#), eine andernfalls drohende [Kriegsniederlage](#) in Aussicht, auch diese Möglichkeiten der Eskalation ernsthaft [ins Auge](#). Vor einer solchen Eskalation [warnte](#) Russlands Präsident Wladimir Putin die Partner im Westen jedoch mehrfach und ausdrücklich – wer verstehen wollte, hätte auch verstehen müssen.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62d6a0e3b480cc4bc404bcec.jpg>

Der Mehrfachraketenwerfer M142 HIMARS, hier bei der NATO-Übung Saber Strike im Sommer 2016 in Estland, kann auch ballistische Gefechtsfeldraketen der ATACMS-Reihe aufnehmen und abfeuern.

Telegram-Kanal der Volksmiliz der LVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Hauptmann I.M. Filiponenko über die Lage am 20.7.2022**

Bei Gefechten mit Einheiten der Volksmiliz erlitt der Gegner in den letzten 24 Stunden folgende Verluste an Personal und Technik:

- 26 Mann;
- 2 Panzer;
- 2 Schützenpanzerwagen;
- 2 Stück Artillerie- und Abwehrraketenwaffen;
- 4 Fahrzeuge.

Technische Pioniereinheiten der Volksmiliz der LVR entminen weiter das Territorium der Republik.

So haben Pioniere der Volksmiliz der LVR gestern mehr als 7 Hektar Territorium von explosiven Objekten, die von ukrainischen Nationalisten in den Gebieten von Belegorowka und Solotarjowka zurückgelassen wurden, gesäubert.

Die Volksmiliz der LVR setzt gemeinsam mit gesellschaftlichen Organisationen die Lieferung von humanitärer Hilfe an Einwohner der befreiten Territorien der Republik fort.

So wurde gestern humanitäre Hilfe von Zuschauern und dem Kollektiv des Fernsehsenders „SPAS“ in einer der Kommunikationseinheiten der Volksmiliz der LVR geliefert.

9:14 de.rt.com: **"Mangel an grundlegenden Manieren" – Maria Sacharowa weist Liz Truss in die Schranken**

Die britische Außenministerin ist – beinahe mehr noch als ihre deutsche Amtskollegin – für spektakuläre Äußerungen bekannt. Das Moskauer Außenamt versucht, so gut das angesichts der dichten Folge absurder Statements geht, die Dinge wieder ins richtige Verhältnis zu rücken – mit deutlichen Worten.

Die Sprecherin des russischen Außenministeriums Maria Sacharowa hat auf die Äußerungen der britischen Außenministerin Liz Truss reagiert, wonach es möglich sei, den russischen Amtskollegen Sergei Lawrow "zurechtzuweisen" und den russischen Präsidenten Wladimir Putin "zum Reden zu bringen". Darüber berichtete Radio Sputnik.

In ihrem Telegram-Kanal erinnerte die russische Diplomatin an eine Äußerung von Truss: "Britische Außenministerin Liz Truss: 'Ich war bereit, (den russischen Außenminister) Sergei Lawrow zurechtzuweisen. Und ich bin bereit, dies Putin direkt zu sagen und ihn zu einem Gespräch unter Beteiligung großer Länder wie Indien und Indonesien einzuladen. Ich werde also dorthin gehen und ihn zu einem Gespräch vorladen.'"

Zu diesem Wunsch der britischen Ministerin schrieb Sacharowa:

"Die Zurechtweiserin und die Herausforderin sind noch nicht herangewachsen, Liz."

Und Sacharowa fuhr fort:

"Wir erinnern uns, wie der Versuch dieser ungebildeten Frau, Sergei Lawrow in Moskau ,vorzuladen und zurechtzuweisen', endete – ihre Blamage, als sie nicht einmal wusste, wovon sie sprach und geografische Namen verwechselte",

fügte die Sprecherin des russischen Außenministeriums hinzu.

Sie erinnerte daran, wie die britische Botschafterin Deborah Bronnert während dieser Verhandlungen "Liz Truss die richtigen Antworten ins Ohr flüsterte und ihre Chefin nach jedem ihrer Ausrutscher korrigierte".

"Sie haben Liz Truss noch nicht am Mittagstisch gesehen. In ihrem Mangel an grundlegenden Manieren hat sie es geschafft, ein altes Herrenhaus in eine unzüchtige Kneipe zu verwandeln", schrieb Maria Sacharowa.

Für Truss' unangemessenes Verhalten entschuldigte sich Bronnert anschließend bei dem gesamten "politologischen Moskau", wie die Sprecherin des russischen Außenministeriums feststellte.

Auch der russische Botschafter in London Andrei Kelin hatte sich gegenüber dem

Fernsehsender Rossija 24 in ähnlicher Weise über die britische Chefdiplomatin geäußert. Die Nachrichtenagentur TASS zitierte ihn mit der Aussage:

"Sie hat eine Besonderheit: Sie hört sich keine Argumente an oder lässt sie eben an ihren Ohren vorbeiziehen. Davon konnte ich mich selbst überzeugen."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62d6d9c948fbef7675198c41.jpg>

Start des Wahlkampfs um den Parteivorsitz der Konservativen: Die britische Außenministerin Liz Truss stellt ihre Kampagne am Smith's Square in London vor, 14. Juli 2022

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR zur Lage am 20.7.22 um 10:30 Uhr**

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner nach Informationen des GZKK der DVR 437 Geschosse mit Mehrfachraketenwerfern „Grad“, Rohrartillerie des Kalibers 155mm, 152mm und 122mm sowie 120mm-Mörsern abgefeuert.

Die Gebiete von **13 Ortschaften** der Republik wurden beschossen. Infolge des Beschusses wurde **ein Zivilist verletzt**. 9 Wohnhäuser und 2 zivile Infrastruktureobjekte wurden beschädigt.

Zusätzliche Informationen über verletzte Zivilisten und Schäden an Infrastruktur werden noch ermittelt.

Durch gemeinsame Handlungen von Soldaten der Donezker Volksrepublik und der Streitkräfte der Russischen Föderation wurden in den letzten 24 Stunden folgende feindliche Waffen und Militärtechnik vernichtet: 2 Mehrfachraketenwerfer BM-21 „Grad“, ein Panzerfahrzeug und ein Feldmunitionslager. 2 Feuerstellungen des Gegners in den Gebieten von Awdejewka und Newelskoje wurden beseitigt.

9:50 de.rt.com: **Volksrepublik Donezk meldet 67 Angriffe aus Ukraine binnen 24 Stunden**

Die Behörden in Donezk haben innerhalb der letzten 24 Stunden 67 Angriffe durch ukrainische Streitkräfte registriert. Demnach wurden auf das Territorium der Volksrepublik mindestens 437 Geschosse abgefeuert. Hierbei setzte das ukrainische Militär Raketen vom Typ Grad sowie Geschosse im Kaliber 155, 152, 122 und 120 Millimeter ein. Unter Beschuss gerieten insgesamt 13 Wohngebiete, darunter Donezk.

Bei den Angriffen in der Zeitspanne von 6:00 Uhr am 19. Juli bis 6:00 Uhr am 20. Juli wurde ein Zivilist in Donezk verletzt. Insgesamt wurden bei den Attacken neun Wohnhäuser und zwei zivile Infrastruktureobjekte in zwei Bezirken von Donezk und Gorlowka beschädigt. Am Vortag hatten die Behörden von Donezk von 59 Angriffen aus der Ukraine berichtet. Dabei kam ein Zivilist ums Leben, drei weitere erlitten Verletzungen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62d7aed4b480cc6bc308724a.jpg>

Ein Ermittler untersucht am 14. Juli 22 eine Einschlagstelle in Donezk.

10:50 de.rt.com: **Verteidigungsminister Schoigu: Russische Truppen sollen ukrainische Attacken auf befreite Ortschaften "hart" unterbinden**

Bei einer Inspektion des russischen Heeresverbandes West, der sich an der Sonderoperation in der Ukraine beteiligt, hat der russische Verteidigungsminister Sergei Schoigu befohlen, Attacken der ukrainischen Streitkräfte auf befreite Siedlungen "hart" zu unterbinden. Darüber hinaus ordnete der Armeegeneral an, ukrainische Drohnen am Himmel über den russischen Grenzgebieten effizienter zu bekämpfen.

Die Militärbehörde in Moskau berichtete über Schoigus Inspektion am Mittwochmorgen. Der Minister hörte sich demnach im Kommandopunkt des Heeresverbands West den Bericht des Befehlshabers Generalleutnant Andrei Sytschewoi über die laufende Situation an. Der genaue Ort und Zeitpunkt des Besuchs wurden nicht bekannt gegeben.

Zuvor hatte Schoigu den russischen Heeresverband Süd unter dem Kommando des Armeegenerals Sergei Surowikin, den Heeresverband Zentrum unter dem Kommando des Generalobersts Alexander Lapin und den Heeresverband Ost unter dem Kommando des Generalleutnants Rustam Muradow inspiziert.



<https://pbs.twimg.com/media/FYFx6tbXEAep6ea?format=png&name=small>

11:00 de.rt.com: **Ortschaften im russischen Grenzgebiet Kursk unter Beschuss aus Ukraine**

Roman Starowoit, der Gouverneur des Gebiets Kursk, hat am Mittwochmorgen auf Telegram über Attacken der ukrainischen Streitkräfte auf russische Siedlungen an der ukrainischen Grenze berichtet. Unter Beschuss seien der Grenzübergang Krupez und das Dorf Gorodischtsche geraten. Russische Armeeangehörige hätten das gegnerische Artilleriefeuer unterdrückt. Es gebe weder Todesopfer noch Verletzte zu beklagen.

Das Oberhaupt des betroffenen Bezirks Rylsk, Andrei Lisman, teilte mit, ein ukrainisches Geschoss sei etwa 20 Meter vor einem Wohnhaus im Dorf Gorodischtsche eingeschlagen. Dabei sei eine Stromleitung beschädigt worden. In drei Siedlungen sei der Strom ausgefallen. Man sei gerade dabei, die beschädigte Leitung wieder instand zu setzen.

Es ist nicht das erste Mal, dass die ukrainische Armee infolge der russischen Sonderoperation russische Wohngebiete entlang der Grenze unter Beschuss nimmt. In den russischen Grenzgebieten Brjansk, Kursk, Belgorod und auf der Schwarzmeer-Halbinsel Krim gilt deshalb seit Monaten die Terrorwarnstufe Gelb.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62d7bc0d48fbef6ec65fa471.jpg>

Krater nach einem Angriff ukrainischer Artillerie auf die russische Siedlung Tjotkino im Grenzgebiet Kursk am 19. Mai 2022

11:15 de.rt.com: **Putin warnt vor weiterer Senkung der Lieferungen durch Nord Stream 1**

Russlands Präsident Wladimir Putin hat vor einer weiteren Verringerung Gaslieferungen aus Russland durch die Pipeline Nord Stream 1 gewarnt.

Falls Russland die in Kanada gewartete Turbine nicht zurückerhalte, drohe Ende Juli die tägliche Durchlasskapazität der Pipeline deutlich zu fallen, sagte der Staatschef in der Nacht zum Mittwoch am Rande eines Treffens in Teheran. Wegen der notwendigen Reparatur eines "weiteren Aggregats" könnte die tägliche Durchlasskapazität der Pipeline Ende Juli noch weiter auf 33 Millionen Kubikmeter fallen. Gleichzeitig warb Putin für die Gasleitung Nord Stream 2:

"Wir haben noch eine fertige Trasse. Das ist Nord Stream 2. Die können wir in Betrieb nehmen."

Im Juni hatte Russlands staatlicher Energiekonzern Gazprom die Gaslieferungen nach Deutschland über die Pipeline Nord Stream 1 um mehr als die Hälfte der täglichen Höchstmenge reduziert – auf 67 Millionen Kubikmeter.

Die in Kanada reparierte Turbine wurde wegen der westlichen Sanktionen infolge des Ukraine-Kriegs nicht wieder an Russland zurückgegeben. Zuletzt entschied aber die kanadische Regierung, Berlins Forderung zu entsprechen und die Siemens-Turbine an Deutschland zu übergeben.

Die Pipeline Nord Stream 2 war bereits im Jahr 2021 fertig gebaut worden. Deutsche Behörden setzten das Genehmigungsverfahren für die Pipeline jedoch noch vor Beginn des militärischen Sondereinsatzes in der Ukraine aus.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62d7ab5bb480cc6a6e591ecd.jpg>

Telegram-Kanal des Stabs der Territorialverteidigung der DVR: Zum Stand am 20. Juli 2022 hat die Truppengruppierung der DVR und der LVR mit Feuerunterstützung der Streitkräfte der RF 255 Ortschaften, einschließlich Berestowoje, befreit. Unsere Truppen setzen die Offensive in mehreren Richtungen fort!

11:42 de.rt.com: **Stabschef von Selenskij: Ukraine muss bis zum Winter gewinnen**

Das Hauptziel der Ukraine sei der Sieg, erklärte der Stabschef des ukrainischen Präsidenten im Interview mit dem US-Auslandssender VOA. Dafür brauche das Land "genügend Waffen", so Andrej Jermak. Jene müssten aber rechtzeitig geliefert werden, denn sein Land müsse bis zum Winter gewinnen.

Das ukrainische Militär müsse Russland noch vor dem Winter besiegen, sagte Andrej Jermak, Leiter des ukrainischen Präsidialamts, am Dienstag in einem Interview mit Voice of America (VOA). Vor dem Hintergrund des Umbruchs in der ukrainischen Regierung und der russischen Erfolge auf dem Schlachtfeld betonte Jermak, dass mehr westliche Waffen das Blatt wenden könnten. Gegenüber dem staatlichen Auslandssender der USA unterstrich der Stabschef von Präsident Wladimir Selenskij:

"Heute ist unser Hauptziel der Sieg. Um das zu erreichen, muss unser Militär alles haben, was es braucht. Sie haben alles, außer genügend Ausrüstung und genügend Waffen."

Allein die USA haben der Ukraine seit Februar bereits Militär- und Wirtschaftshilfe im Wert von mehr als 55 Milliarden US-Dollar gewährt. Und obwohl das sogenannte "Lend-Lease"-Programm für Waffenlieferungen der US-Regierung im August in Kraft treten soll, erklärte Jermak, dass die Zeit nicht auf der Seite seines Landes stehe. Der US-Präsident Joe Biden hatte im Mai dieses Jahres ein Gesetz unterzeichnet, das ähnlich wie das ["Lend-Lease"-Gesetz](#)

[aus den Zeiten des Zweiten Weltkriegs](#) die Lieferung von Rüstungsgütern an die Ukraine erleichtern soll.

Jermak erklärte gegenüber VOA, dass die Hauptaufgabe von "Lend-Lease" sei, dass die Ukraine alles rechtzeitig bekomme. Selenskijs Stabschef unterstrich dabei:

"Es ist sehr wichtig für uns, dass wir nicht in den Winter gehen. Nach dem Winter, wenn die Russen mehr Zeit haben, sich einzugraben, wird es sicherlich schwieriger werden."

Auf die Frage, ob das ukrainische Militär die Küstenregion am Schwarzen Meer noch vor dem Winter zurückerobern könne, wie es der ukrainische Verteidigungsminister Alexei Resnikow Anfang des Monats gegenüber der britischen Sunday Times behauptet hatte, antwortete Jermak nicht direkt. Stattdessen sagte er, dass "unser Ziel definitiv die Rückeroberung aller unserer Gebiete ist", ohne dabei einen konkreten Zeitrahmen zu nennen. Jermak ergänzte:

"Es ist harte Arbeit, wenn einem ein Feind gegenübersteht, der viel mehr Waffen und Männer hat."

Nach Einschätzung des ukrainischen Verteidigungsministers Resnikow benötigt sein Land etwa 50 Mehrfachraketenysteme M142 HIMARS aus den USA, um das vorrückende russische Militär aufzuhalten, und 100 dieser auf Lastwagen montierten Raketenwerfer, um eine Gegenoffensive durchzuführen. Resnikow gab diese Zahlen am Dienstag auf einer Sitzung des Atlantic Council bekannt, einer von der NATO unterstützten Denkfabrik.

Bislang hat Washington der Ukraine acht HIMARS-Systeme zur Verfügung gestellt, und das Weiße Haus teilte am Dienstag mit, dass ein neues Militärhilfepaket, das diese Woche angekündigt werden soll, weitere dieser Waffensysteme enthalten wird.

Die Ukraine hat auf dem Schlachtfeld eine Reihe von Verlusten erlitten: Anfang dieses Monats fiel die gesamte Lugansker Volksrepublik (LVR) unter die Kontrolle der mit Russland verbündeten Streitkräfte. Und in den vergangenen Tagen übernahmen russische und Streitkräfte der Volksrepublik Donezk die operative Kontrolle über Sewersk, das in unmittelbarer Nähe der Großstädte Slawjansk und Kramatorsk liegt.

In Kiew scheint derweil die Regierung von Präsident Selenskij von einer regelrechten Hexenjagd heimgesucht worden zu sein. So [entließ der ukrainische Präsident](#) am Wochenende die Generalstaatsanwältin Irina Wenediktowa und den ukrainischen Geheimdienstchef Iwan Bakanow. Selenskij zufolge gab es in beiden Behörden "Hochverrat und Kollaboration" zuhauf. Das ukrainische Parlament billigte am Dienstag die Entlassungen, und der ukrainische Präsident entließ wenig später fünf weitere Regionalchefs von Bakanows Behörde sowie deren stellvertretenden Leiter, Wladimir Gorbenko.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62d7a661b480cc76dc43f0be.jpg>

Ein ukrainischer Soldat trägt eine britische Panzerabwehrlenkwaffe NLAW während einer Übung in der Nähe der Stadt Lwow in der Ukraine, 28. Januar 2022.

11:50 de.rt.com: **Erneut schwerer Beschuss: Volksrepublik Donezk meldet tote und verwundete Zivilisten**

Kiewtreue Truppen haben ihren täglichen Beschuss von Städten in der Volksrepublik Donezk wiederaufgenommen. So wurde bereits der dritte Artillerieangriff innerhalb weniger Stunden auf Gorlowka, eine Trabantenstadt der Hauptstadt Donezk, gestartet. Dabei feuerten die ukrainischen Artilleristen zehn Raketen mit dem Mehrfachwerfer Grad ab, wie die Vertretung der Volksrepublik Donezk im Gemeinsamen Zentrum für die Kontrolle und Koordinierung des Waffenruheregimes im Donbass (JCCC) mitteilt:

"Es wurde Beschuss durch die ukrainischen bewaffneten Formierungen in den folgenden Gebieten registriert: 6:10 Uhr (Moskauer Zeit) von der Ortschaft Kurdjumowka aus auf die Ortschaft Gorlowka (Stadtbezirk Kalininski). Zehn Raketen des Mehrfachwerfersystems BM-21 'Grad' wurden abgefeuert."

Zuvor wurde berichtet, dass die ukrainischen Streitkräfte Gorlowka zweimal mit Artillerie im Kaliber 152 und 155 Millimeter beschossen haben.

Gorlowkas Bürgermeister Iwan Prichodko teilte auf Telegramm mit, dass bei dem Beschuss ein Zivilist [getötet](#) und drei weitere verwundet wurden, darunter [ein Kind](#).

Auf die Hauptstadt Donezk flogen nach Daten der DVR-Repräsentanten im JCCC seit 6:00 Uhr morgens acht Haubitzengranaten im Kaliber 152 und 155 Millimeter, auf den Vorort Jassinowataja drei Haubitzengranaten im Kaliber 122 Millimeter sowie jeweils zwischen vier und sechs Haubitzengranaten im Kaliber 122 bis 155 Millimeter auf die Ortschaften Golmowski, Dolomitnoje, Staromichailowka und Nowobachmutowka. Den letztgenannten Ort beschossen ukrainische Truppen außerdem mit Mörsergranaten im Kaliber 120 Millimeter.

Angaben über etwaige Todesopfer, Verwundete und Sachschäden in den genannten Orten liegen bislang nicht vor.

nachmittags:

12:25 de.rt.com: Lugansker Botschafter in Russland warnt vor Provokationen unter falscher Flagge in Slawjansk

Die Ukraine bereitet Provokationen in der von ihren Streitkräften kontrollierten Stadt Slawjansk in der Volksrepublik Donezk vor. Ziel der Aktionen sei es, potenzielle "Kollaborateure" ausfindig zu machen oder Kriegsverbrechen unter falscher Flagge zu begehen. Hiervor [warnte](#) Rodion Miroshnik, der Botschafter der Lugansker Volksrepublik in der Russischen Föderation, am Mittwoch auf Telegram:

"Einheimische berichten, dass Gruppen von Kämpfern in russischen Uniformen und mit Sankt-Georgs-Bändchen in mehreren Gebieten der Stadt gesichtet wurden. Die Soldateska spaziert durch die Stadt, fühlt sich wohl und posiert vor den Einheimischen."

Dabei, betont Miroshnik, gibt es in Slawjansk noch gar keine russischen Truppen oder verbündeten Milizen der Volksrepubliken Donezk und Lugansk. Daher sei es äußerst gefährlich, sich diesen Soldaten zu nähern, denn man könnte als "Kollaborateur" festgenommen werden, so der Botschafter:

"Im Frontgebiet auf ukrainischer Seite haben Vertreter des Regimes bereits Razzien zur Festnahme von 'Kollaborateuren' und der den verbündeten Truppen loyalen Bevölkerung angekündigt. Dies könnte möglicherweise eine Methode dafür sein."

Miroshniks Ansicht nach ist das Obige nicht die einzige Gefahr, die von den mit fremden Federn geschmückten ukrainischen Kämpfern ausgeht. Auch könnte es in Slawjansk zu Provokationen kommen, die darauf abzielten, vermeintliche Gräueltaten russischer Truppen oder der Volksmilizen zu inszenieren:

"Sie werden Filmteams heranziehen und der örtlichen Bevölkerung das Leben zum Albtraum machen. In Lissitschansk gab es solche Erfahrung in vollem Umfang. Mit inszeniertem Beschuss von Stadtvierteln, Zerstörung von Gebäuden durch angeblich russisches Kriegsgerät, Beschuss von Lieferstellen für humanitäre Hilfe".

13:34 (12:34) novorosinform.org: **Der Westen wird keine neuen Waffen in der Ukraine testen – Leonkow**

Der Militärexperte Alexej Leonkow sagte, dass ausländische Waffenhersteller ihre Entwicklungen nicht in der Ukraine testen würden, da sie befürchteten, dass sie als Trophäen in Russland landen könnten.

Damit kommentierte er den Aufruf des Verteidigungsminister der Ukraine, die Produkte westlicher Waffenhersteller auf dem Schlachtfeld gegen die russische Armee zu testen. Leonkow bemerkte, dass die militärische Entwicklung nicht umsonst im Geheimen durchgeführt werde.

„Niemand wird diese Geheimhaltung aufheben, um Resnikows Wunsch zu erfüllen“, zitierte ihn RIA Novosti.

Leonkow betonte, dass vielversprechende Waffenmodelle ein Überraschungsfaktor für den Feind seien. Alles, was im Kriegsgebiet auftaucht, werde entweder zerstört oder von russischen Truppen erobert, fügte er hinzu.



https://novorosinform.org/content/images/91/93/49193_720x405.jpg

12:45 de.rt.com: **Lugansker Botschafter in Russland: Erklärungen über humanitäre Korridore aus Slawjansk sind Kiews Provokationen**

Nachdem in der von Kiew kontrollierten Stadt Slawjansk, die soweit nicht einmal selbst umkämpft ist, plötzlich Soldaten mit dem russischen Georgsband gesichtet wurden, wird nun vor einer weiteren Provokation gewarnt. Ebenso wie die als russische Truppen oder Milizionäre der Volksrepubliken Donezk und Lugansk posierenden ukrainischen Kämpfer scheint eine andere Masche zur von Kiew angekündigten "Kollaborantenjagd" gedacht: Die zivil-militärische Verwaltung des von Kiew kontrollierten Teils des Gebiets Donezk gab jüngst bekannt, Anträge von Bewohnern von Slawjansk zur Evakuierung in die Volksrepublik Donezk über einen humanitären Korridor anzunehmen. Hiervor [warnte](#) der Botschafter der verbündeten Volksrepublik Lugansk, Rodion Miroshnik, am Mittwoch in der auf mehreren Sendern und Plattformen beheimateten politischen Diskussionssendung Solowjow Live eindringlich:

"Auch dies ist eine weitere Provokation – ein Versuch, Menschen ausfindig zu machen, die dem ukrainischen Regime gegenüber nicht loyal sind."

Wer derartige Anträge einreicht, könnte inhaftiert werden, betonte der Diplomat.

13:05 de.rt.com: **TASS: Inzwischen mehr als 2,7 Millionen Flüchtlinge aus Donbass und Ukraine in Russland eingetroffen**

Die russische Nachrichtenagentur TASS berichtet unter Berufung auf eine Quelle in Sicherheitskreisen, dass in Russland seit Mitte Februar mehr als 2,7 Millionen Flüchtlinge aus

den Donbass-Republiken und der Ukraine eingetroffen seien. 431.000 davon seien Minderjährige. Die Hälfte der Vertriebenen seien Bürger der Volksrepubliken Lugansk und Donezk.

Am Mittwochmorgen gab der russische Grenzschutz bekannt, dass mehr als 21.000 Einwohner des Donbass und der Ukraine in den vergangenen 24 Stunden die Grenze zum russischen Gebiet Rostow passiert hätten.

Nach TASS-Angaben finden die meisten Flüchtlinge bei ihren Verwandten in Russland Unterkunft. In 59 Regionen des Landes haben inzwischen provisorische Herbergen geöffnet, in denen ungefähr 33.000 Menschen ausharren. Die dort untergebrachten Flüchtlinge erhalten nach Angaben der russischen Behörden jegliche notwendige medizinische, psychologische und rechtliche Unterstützung.

Die Situation an der Trennlinie zwischen der Ukraine und den Volksrepubliken Donezk und Lugansk hatte sich am 17. Februar stark zugespitzt. Am 18. Februar riefen die Behörden in Donezk und Lugansk eine massenhafte Evakuierung von Zivilisten nach Russland aus. Am 21. Februar erkannte Russlands Präsident Wladimir Putin die Unabhängigkeit der Volksrepubliken in ihren Grenzen mit Stand Anfang 2014 an. Am 24. Februar startete Putin die militärische Sonderoperation in der Ukraine.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62d7cf0fb480cc6a72460a21.jpg>

Eine freiwillige Helferin betreut in einer provisorischen Unterkunft im russischen Gebiet Tambow Flüchtlingskinder aus Mariupol. 16. Juni 2022

14:19 (13:19) novorosinform.org: **Von Benzin bis Dinosaurier: Medwedew zählte Russlands „Sünden“ gegenüber dem Westen auf**

Dmitri Medwedew hat vor der westlichen Welt erklärt, woran Moskau schuld ist.

Der stellvertretende Vorsitzende des Sicherheitsrates der Russischen Föderation hat in seinem Telegram-Kanal eine Liste von Russlands "Sünden" gegen die Menschlichkeit aufgelistet, Moskau wird ein starker Anstieg der Preise für Treibstoff und Lebensmittel in den USA und bei ihren Verbündeten vorgeworfen. Grund für die Vorwürfe waren auch die weit verbreitete Hitze und Provokationen, in deren Folge „Höllensanktionen“ verhängt wurden, die Unternehmen in Europa trafen.

Russland ist schuld daran, dass Joe Biden Anzeichen von Demenz zeigt und Olaf Scholz als „beleidigte Leberwurst“ bezeichnet wird. Eine weitere Liste von "Sünden" der Russischen Föderation wurde mit den Rücktritten europäischer Führer seit der Gründung des Russischen Reiches durch Peter I. und der Manipulation von Menschen mit Hilfe klassischer Literatur und Musik hinzugefügt, die leichtgläubige Europäer konsumieren müssen.

Russland ist schuld am Tod von Gaius Julius Caesar durch russische Söldner, um antiliberale Werte zu verherrlichen und die westliche Gesellschaft zu spalten.

Das i-Tüpfelchen war Russlands „Sünde“, die mit Dinosauriern in Verbindung gebracht wird. Wegen Moskau starben Dinosaurier infolge eines Meteoriteneinschlags auf dem Planeten.

Medwedew sagte, die Liste sei offen und werde ergänzt.



https://novorosinform.org/content/images/92/00/49200_720x405.jpg

13:20 de.rt.com: **Verstoß gegen das Völkerrecht: Ukrainisches Kriegsgerät in Feuerstellungen zwischen Wohnhäusern in Artjomowsk**

Das ukrainische Militär platziert Waffensysteme und Militärfahrzeuge in den Höfen von Wohnhäusern in der Stadt Artjomowsk in der Donezker Volksrepublik. Der Sprecher der verbündeten Lugansker Volksmiliz, Oberstleutnant Andrei Marotschko, teilte dies am Mittwoch in seinem [Telegramm-Kanal](#) mit:

"Aufklärungsdaten zufolge verstößt das ukrainische Kommando weiterhin gegen das Völkerrecht, indem es Militärpersonal und Gerät an zivilen Standorten stationiert. In der Ortschaft Artjomowsk wurde eine Konzentration von Waffen und Militärfahrzeugen direkt in den Höfen von Wohngebäuden sowie auf den Geländen von Betrieben der Stadt festgestellt." Zuvor wurde berichtet, dass das ukrainische Militär auf dem Gelände einer Wasseraufbereitungsanlage in Artjomowsk Personal Feuerstellungen und/oder Lager beziehen ließ, während in der Umgebung Feuerstellungen der Rohr- und Raketenartillerie eingerichtet wurden.

13:29 de.rt.com: **Hausdurchsuchungen und Sanktionen - Russischer Motorradclub Nachtwölfe im Visier der EU**

Nach Angaben des Chefs des russischen Motorradclubs Nachtwölfe hat es bei mehreren in der Europäischen Union ansässigen Clubmitgliedern Hausdurchsuchungen gegeben. Zuvor hatten Medien über bevorstehende EU-Sanktionen gegen den Club berichtet.

Die EU schnürt ein weiteres Sanktionspaket gegen fast 50 Einzelpersonen und mehrere russische Unternehmen, berichteten Reuters und EUobserver am Dienstag unter Berufung auf einen Dokumentenentwurf. Unter anderem sollen die Sanktionen den Motorradclub Nachtwölfe, dessen Leiter Alexander Saldostanow (Spitzname Chirurg) und seine Klubkollegen treffen. Ein Mitglied des Clubs ist laut Medienangaben slowakischer Staatsbürger. Im Rahmen der Sanktionen werde die Slowakei aufgefordert, sein Vermögen einzufrieren und ihm die Einreise in die EU zu verbieten, hieß es in dem Bericht.

Die Nachtwölfe gelten als Unterstützer des russischen Präsidenten Wladimir Putin. Seit dem Jahr 2014 beteiligen sie sich aktiv an den politischen Prozessen auf der Krim und in der

Ostukraine. Noch vor dem Referendum auf der Halbinsel eskortierten die Biker einen humanitären Hilfskonvoi nach Sewastopol. Vergangenes Jahr erhielt Saldostanow vom Oberhaupt der Volksrepublik Donezk einen Pass der Volksrepublik. Die USA, Kanada und die Ukraine hatten gegen ihn bereits vor mehreren Jahren Sanktionen verhängt.

In Deutschland sind die Biker vor allem für ihre "Siegesfahrten" bekannt. Im Jahr 2015 unternahmen sie erstmals eine Tour von Moskau nach Berlin, die dem Sieg im Zweiten Weltkrieg gewidmet war. Doch die Tour erwies sich als problematisch: Erst wollte Polen den Club nicht über die Grenze lassen, dann auch Deutschland. Aus deutschen Regierungskreisen hieß es damals: "Führenden Mitgliedern der Nachtwölfe wird die Einreise nach Deutschland verweigert, unter Vorspiegelung falscher Tatsachen erschlichene Visa wurden annulliert." Einige Biker schafften es jedoch trotzdem bis ans Ziel. Auch in darauf folgenden Jahren kamen die Nachtwölfe zum Jahrestag des Kriegsendes mehrmals nach Berlin.

Am Mittwoch sprach Saldostanow von Hausdurchsuchungen bei in der Europäischen Union lebenden Mitgliedern des Clubs:

"Vor einigen Tagen kam es zu Durchsuchungen, Druck und sogar Festnahmen in vielen Häusern der Nachtwölfe. Den Leuten wurden idiotische Fragen gestellt, es gab unterschwellige Drohungen und so weiter. All dies zeigt, dass die sogenannten westlichen Partner große Angst vor dem wachsenden Widerstand haben."

Im Gespräch mit der Agentur RIA Nowosti betonte Saldostanow, dass niemand von seinen Kameraden seine Überzeugungen geändert habe. "Es wird nicht möglich sein, uns zu verbieten. Überzeugungen, Wahrheiten, Ideen können nicht durch Verbote besiegt werden."

Auf die neue Sanktionsliste der EU sollen außerdem der Moskauer Bürgermeister Sergei Sobjanin, der Chef der Rüstungsholding Rostech Sergei Tschemesow sowie die Schauspieler Sergei Besrukow und Wladimir Maschkow gesetzt werden. Die beiden Schauspieler sind offene Unterstützer der Sonderoperation in der Ukraine.

Zudem sollen die neuen Maßnahmen ein Einfuhrverbot für russisches Gold umfassen. Auch die Sanktionen gegen die russische Sberbank sollen verschärft werden.

Anfang der Woche hatte der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell zunehmende Zweifel an der Sanktionspolitik gegen Russland erwähnt. "Einige europäische Staats- und Regierungschefs haben gesagt, die Sanktionen seien ein Fehler", sagte er am Montag. Es gebe eine große Debatte darüber, ob die Sanktionen wirksam seien und die EU mehr trafen als Russland. Borrell selbst betonte, dass er von solchen Diskussionen nichts halte. Kritikern der Sanktionen warf er Falschinformationen vor.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62d7ccd248fbef257869392c.jpg>

Archivbild vom 17. Juli 2011: Alexander Saldostanow in Sewastopol

13:35 de.rt.com: **Russisches Verteidigungsministerium meldet Abschuss von zwei ukrainischen Kampfflugzeugen**

Der Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums, Generalleutnant Igor Konaschenkow, hat auf seinem täglichen Briefing am Mittwochnachmittag über weitere

Hochpräzisionsschläge der russischen Streitkräfte auf Militärobjecte in der Ukraine berichtet. So seien bei der Attacke auf ein Lager mit Raketen und Artilleriewaffen in der Nähe der Ortschaft Soledar mehr als 19 Panzerfahrzeuge zerstört und bis zu 40 ukrainische Armeeangehörige getötet worden. In der Nähe der Ortschaft Ussatowo im ukrainischen Gebiet Odessa sei eine Startrampe für US-Seezielflugkörper vom Typ Harpoon außer Gefecht gesetzt worden. Bei einer Attacke mit Langstreckenraketen sei in der Siedlung Datschnoje ein provisorischer Standort der 35. Marineinfanteriebrigade getroffen worden, an dem Reservisten der ukrainischen Armee ausgebildet worden seien. Durch den russischen Schlag seien mehr als 200 ukrainische Armeeangehörige ums Leben gekommen. Auch mehrere ausländische Waffen seien zerstört worden.

Darüber hinaus berichtete Konaschenkow über zahlreiche zerstörte ukrainische Mehrfachraketenwerfer vom Typ Grad sowie Haubitzen vom Typ D-20 und D-30. Bei russischen Luft- und Artillerieangriffen seien in den vergangenen 24 Stunden sieben Kommandopunkte, acht Lager mit Munition, Raketen und Artilleriewaffen und zwei Treibstoffdepots zerstört worden.

Russische Jagdflugzeuge hätten nach Angaben des Militärsprechers im Himmel über der Ortschaft Snigirjowka im Gebiet Nikolajew und in der Nähe der Ortschaft Dobropolje in der Volksrepublik Donezk zwei ukrainische Kampfflugzeuge vom Typ MiG-29 und Su-25 abgeschossen.

Ferner berichtete Konaschenkow über vier abgeschossene ukrainische Drohnen. Außerdem habe die russische Flugabwehr in den Gebieten Charkow und Cherson neun von der ukrainischen Armee abgefeuerte Uragan-Geschosse abgefangen.

Nach Angaben des russischen Verteidigungsministeriums habe die Ukraine seit dem Beginn der Sonderoperation am 24. Februar insgesamt 259 Flugzeuge, 143 Hubschrauber, 1572 Drohnen, 356 Flugabwehrraketensysteme, 4135 Panzer und andere Panzerfahrzeuge, 760 Mehrfachraketenwerfer sowie 3166 Geschütze und Mörser verloren.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62d7d6ecb480cc60113f0a2f.jpg>

14:25 de.rt.com: **Gazprom beklagt ausbleibende Unterlagen zur Turbine für Nord Stream 1**

Weil der russische Energiekonzern Gazprom nach eigenen Angaben trotz Anfrage immer noch keine Dokumente für die für Nord Stream 1 benötigte Turbine erhalten hat, stellt das Unternehmen die Sicherheit des Pipelinebetriebs infrage. In seiner Stellungnahme teilt das Unternehmen auf Telegram mit:

"Gazprom hat bis heute vom Konzern Siemens keine offiziellen Dokumente erhalten, die es unter den Bedingungen der Sanktionen Kanadas und der EU erlauben, den Gasturbinenmotor in die Kompressorstation 'Portowaja' einzubauen."

Nach Angaben des Konzerns sei die garantierte Rückgabe der Turbinen nach deren Wartung für den sicheren Betrieb der Pipeline Nord Stream 1 unerlässlich. Unter diesen Umständen habe Gazprom Siemens erneut gebeten, die Dokumente zur Verfügung zu stellen. Im Juni hatte Russlands staatlicher Energiekonzern Gazprom die Gaslieferungen nach Deutschland über die Pipeline Nord Stream 1 um mehr als die Hälfte der täglichen Höchstmenge reduziert – auf 67 Millionen Kubikmeter. Die in Kanada reparierte Turbine wurde wegen der westlichen Sanktionen infolge des Ukraine-Kriegs nicht wieder an Russland zurückgegeben. Zuletzt entschied aber die kanadische Regierung, Berlins Forderung zu entsprechen und die Siemens-Turbine an Deutschland zu übergeben.

Despite the requests that were previously submitted, Gazprom at the moment has not yet received from Siemens any official documents that would allow the delivery of the gas turbine engine for the Portovaya CS under the current sanction regimes imposed by Canada and the European Union.

In these circumstances, Gazprom has repeatedly requested such documents from Siemens. Gazprom has once again pointed out that the guaranteed return of the engine previously submitted for repair under the sanctions restrictions and the subsequent major repair of other engines for the Portovaya CS have a direct influence on the operational safety of the Nord Stream gas pipeline.

<https://pbs.twimg.com/media/FYG1pLTWIAZrsZr?format=jpg&name=small>

15:48 (14:48) novorosinform.org: **"Tauriges Gejammer": Kadyrow verglich einige westliche Länder mit Hundewelpen**

Eine beispiellose Zahl von Sanktionen gegen Russland habe "absolut nichts" bewirkt. Dies erklärte der Leiter Tschetscheniens, Ramsan Kadyrow, in seinem Telegram-Kanal.

„Die Menschen randalieren nicht, die Benzinpreise sind nicht in die Höhe geschossen und die Regale der Geschäfte sind voll mit einer Vielzahl von Produkten“, schrieb er.

Kadyrow zog eine Analogie zwischen einer Reihe westlicher Länder und "kleinen Welpen".

Ihm zufolge haben zu Beginn der russischen Spezialoperation in der Ukraine viele europäische und amerikanische Politiker „im Chor gebellt, Feuer gespuckt und regelmäßig Sanktionen verhängt“. Dann, als sie die Sinnlosigkeit ihres Handelns erkannten, herrschte Schweigen, das sich später in ein "klagendes Jammern" verwandelte.

Wie der tschetschenische Staatschef betonte, erwiesen sich die vermeintlich guten Absichten der europäischen Beamten als Enttäuschung für sie.

„Denken, bevor man handelt, ist ein Luxus, den sich manche westliche Führung nicht leisten kann“, resümierte Kadyrow.



https://novorosinform.org/content/images/92/09/49209_720x405.jpg

14:50 de.rt.com: Ukrainische rechtsradikale Absperrschwadronen erschießen eigene Einheiten auf dem Rückzug und beim Überlaufen

In der Nähe von Awdejewka, der nun umkämpften Vorstadt von Donezk, spielen ukrainische faschistische Terrorbataillone die Rolle von Absperrtruppen. In dieser Qualität schießen sie auf Soldaten des regulären ukrainischen Militärs, die versuchen, sich den russischen Truppen oder den Volksmilizionären zu ergeben oder sich zurückzuziehen. Dies berichtete ein stellvertretender Bataillonskommandeur im 9. Regiment der Donezker Volksmiliz mit dem ironischen Funknamen Chochol gegenüber Journalisten der russischen Nachrichtenagentur RIA Nowosti. Nach ukrainischen Nazi-Terrormilizen wie Asow, Aidar oder Dnepr-1 gefragt, antwortete er, dass sie zwar vor Ort präsent sind, aber nicht unmittelbar mitkämpfen:

"Es gibt sie hier schon, natürlich. Aber es handelt sich meist um Absperrschwadronen. Absperrschwadronen, die die Angehörigen des regulären ukrainischen Militärs am Rückzug hindern: Sie lassen die gewöhnlichen Wehrpflichtigen oder auch mobilisierten Soldaten sich nicht zurückziehen, die nur um der Menge willen hier zusammengetrieben wurden und die, sagen wir, hier wie die Fliegen sterben – warum wie die Fliegen? Weil sie ja weder die Möglichkeit haben, sich zu ergeben – denn dann schießen diese Absperrschwadronen ihnen in den Rücken – noch sich zurückzuziehen, weil dann ebenfalls auf sie geschossen wird, aus nächster Nähe."

14:58 de.rt.com: Russischer Außenminister Lawrow: Geografische Ziele der Sonderoperation in der Ukraine ändern sich

Sergei Lawrow hat geäußert, dass sich die Aufgaben der russischen Sonderoperation seit dem Scheitern der Friedensgespräche in Istanbul Ende März geändert haben. Er betonte in diesem Zusammenhang auch, dass sich die Ziele noch weiter ändern werden, sollte der Westen weiterhin Langstreckenwaffen an Kiew liefern.

Wenn die Ukraine Langstreckenwaffen aus westlichen Ländern erhält, werden sich die geografischen Aufgaben der Sonderoperation der russischen Truppen ändern. Dies hat der russische Außenminister Sergei Lawrow in einem Interview mit der RT-Chefredakteurin Margarita Simonjan erklärt. Er betonte:

"Der Präsident hat sehr deutlich gesagt, wie Sie ihn zitiert haben – Entnazifizierung, Entmilitarisierung in dem Sinne, dass es keine Bedrohungen für unsere Sicherheit gibt, keine militärischen Bedrohungen vom Territorium der Ukraine, diese Aufgabe bleibt."

Gleichzeitig erinnerte Lawrow daran, dass der Stand der Dinge bei dem Treffen der Unterhändler in Istanbul Ende März in dieser Frage ganz anders gewesen sei. Der russische Diplomatenchef fügte hinzu:

"Jetzt ist die Geografie anders. Es handelt sich nicht nur um die DVR und die LVR, sondern auch um die Gebiete Cherson und Saporoschje und eine Reihe anderer Gebiete. Und dieser Prozess geht weiter, und er geht konsequent und beharrlich weiter."

Er wies darauf hin, dass der Westen in seiner ohnmächtigen Wut oder in dem Wunsch, die Situation so weit wie möglich zu verschlimmern, die Ukraine mit immer mehr Langstreckenwaffen wie HIMARS ausstatte. Dadurch würden sich die geografischen Ziele der Sonderoperationen noch weiter von der derzeitigen Linie entfernen. Lawrow erklärte: "Denn wir können nicht zulassen, dass der Teil der Ukraine, der von Selenskij oder seinem Nachfolger kontrolliert wird, über Waffen verfügt, die eine direkte Bedrohung für unser Territorium und das Territorium der Republiken darstellen, die ihre Unabhängigkeit erklärt haben und die ihre Zukunft selbst bestimmen wollen."

Seit dem 24. Februar führt Russland eine militärische Sonderoperation zur Entmilitarisierung und Entnazifizierung der Ukraine durch. Wie der russische Präsident Wladimir Putin betonte, war es notwendig, diese zu unternehmen, um die Menschen zu schützen, die seit acht Jahren der Schikane und dem Völkermord vonseiten des Kiewer Regimes ausgesetzt sind. Das Endziel der Operation sei die Befreiung des Donbass und die Schaffung von Bedingungen, die die Sicherheit Russlands garantieren, so der Präsident.

In der Volksrepublik Donezk wurden im Besonderen folgende Städte befreit: Wolnowacha, ein strategisch wichtiges Bezirkszentrum südlich von Donezk, Mariupol, die größte Stadt an der Küste des Asowschen Meeres, und Swjatogorsk, wo sich ein großes orthodoxes Kloster befindet. Am 3. Juli war mit der Einnahme von Lissitschansk und den umliegenden Siedlungen das gesamte Gebiet der Volksrepublik Lugansk befreit worden.

Die russischen Behörden haben wiederholt erklärt, dass alle Aufgaben der Sonderoperation erfüllt würden. Ende März teilte das russische Verteidigungsministerium mit, das Militär habe die Aufgaben der Sonderoperation im Großen und Ganzen erfüllt und das Kampfpotenzial der ukrainischen Streitkräfte sei erheblich reduziert worden. Mitte April erklärte Lawrow dann, dass nun die nächste Phase der Sonderoperation begonnen habe.

Die westlichen Länder haben seit dem Beginn der Feindseligkeiten Kiew mit zahlreichen Waffen beliefert. Die Ukraine erhielt unter anderem Javelin- und NLAW-Panzerabwehrsysteme, Stinger-Luftabwehrsysteme, das tragbare Luftabwehrsystem Starstreak, ASH Krab-Haubitzen, HIMARS-Mehrfachraketenwerfer und Harpoon-Raketensysteme. Moskau hat wiederholt erklärt, dass diese Waffenlieferungen darauf abzielen, den Konflikt zu verlängern.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62d7eb7cb480cc6a6e591f32.jpg>

15:40 de.rt.com: **Von der Leyen: Nord-Stream-1-Turbine bereits unterwegs und kehrt pünktlich aus Kanada zurück**

Die EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat Überlegungen des russischen Präsidenten Wladimir Putin zur möglichen Inbetriebnahme der Pipeline Nord Stream 2 im

Fall einer Weigerung Kanadas, eine Nord-Stream-1-Turbine nach Abschluss der Reparaturarbeiten an Russland zurückzugeben, zurückgewiesen. Bei einer Pressekonferenz am Mittwoch in Brüssel konterte die deutsche Politikerin:

"Ich möchte hier ganz klar sein: Nord Stream 2 ist nicht einmal zertifiziert und überhaupt nicht einsatzbereit."

Zugleich betonte von der Leyen mit Blick auf die Turbine, dass diese bereits auf dem Weg aus Kanada zurück sei und pünktlich erwartet werde. Sie schlussfolgerte:

"Es gibt keinen Vorwand, kein Gas zu liefern."

Zuvor hatte Putin vor einer weiteren Verringerung der Gaslieferungen aus Russland durch die Ostsee-Pipeline Nord Stream 1 gewarnt und gleichzeitig für die Gasleitung Nord Stream 2 geworben.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62d7f0e648fbef257869395f.jpg>

EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen bei einer Pressekonferenz am EK-Sitz in Brüssel, 20. Juli 2022

16:00 de.rt.com: **AKW Saporoschje von ukrainischen Drohnen angegriffen – Reaktoren unversehrt**

Wie Nachrichtenagenturen und -portale berichten, sollen die ukrainischen Streitkräfte mit bewaffneten Drohnen versucht haben, das größte Atomkraftwerk in Europa anzugreifen. Die Zivil-militärische Verwaltung des Gebiets Saporoschje erklärte dazu, dass der Reaktorteil des Werkes unbeschädigt geblieben sei.

Ukrainische Drohnen hätten versucht, das Kernkraftwerk von Saporoschje anzugreifen, sagte Wladimir Rogow, Mitglied des Hauptrates der Zivilen Militärverwaltung (CCA) der Region, laut TASS am Mittwoch.

"Auffällige Drohnen der Terroristen von Selenskij griffen das KKW Saporoschje an", schrieb er in seinem Telegram-Kanal. Er erklärte, der Angriff sei auf dem Gelände des Kernkraftwerks durchgeführt worden.

Gleichzeitig stellte Rogow gegenüber der russischen Nachrichtenagentur klar, dass das Kernkraftwerk selbst "in Ordnung" sei.

Er sagte auch, dass "drei Drohnen der ukrainischen Streitkräfte das Gebiet des Kernkraftwerks Saporoschje getroffen haben". Ihm zufolge betrug die vorläufige Kapazität der Sprengköpfe auf den Drohnen bis zu 1 kg TNT-Äquivalent.

Rogow sagte, dass der Reaktorteil des KKW Saporoschje nach dem Angriff der ukrainischen Streitkräfte nicht beschädigt wurde und der Strahlungshintergrund normal sei. "Der Reaktorteil wurde nicht beschädigt. (...) Bis jetzt ist alles normal (Strahlungshintergrund – Anmerkung der TASS). Das System, das online funktioniert, überprüft alles und zeigt, dass es so ist", sagte er.

Ihm zufolge richteten sich die Angriffe nicht gegen die Kraftwerksblöcke, sondern gegen das

Gelände des Kernkraftwerks. "Das sind Kamikaze-Drohnen, sie haben mit Sprengstoff zugeschlagen", erklärte Rogow.

Dies ist nicht das erste Mal, dass das KKW vom ukrainischen Militär angegriffen wird. Am 12. Juli schossen ukrainische Drohnen mehrere 120-mm-Granaten auf ein Gebäude neben dem Kraftwerk, wodurch das Dach und die Fenster beschädigt wurden, wie der Pressedienst der Stadtverwaltung von Energodar gegenüber RIA Nowosti erklärte.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62d80ad5b480cc32a648e7e4.jpg>

Luftaufnahme des Kernkraftwerks Saporoschje in der Steppenzone am Ufer des Dnepr-Stausees von Kachowka in der Stadt Energodar, Region Saporoschje

16:05 de.rt.com: **Portugiesische Verteidigungsministerin: Lissabon schickte bereits 315 Tonnen Militärhilfe an Kiew**

Die portugiesische Verteidigungsministerin Helena Carreiras hat am Mittwoch bei einer Anhörung im parlamentarischen Ausschuss für Nationalverteidigung bekannt gegeben, dass Lissabon inzwischen 315 Tonnen Waffen und Munition an Kiew geliefert habe. Die Militärhilfe habe außerdem persönliche Schutzmittel, Medizinzubehör und Drohnen enthalten. Nach Angaben der Zeitung *Diario de Noticias* [bestätigte](#) Carreiras auch die Lieferung von 14 Mannschaftstransportern vom Typ MC-113 an die Ukraine. Sie seien dort bereits eingetroffen. Außerdem habe die Regierung ungefähr 700 versandfertige medizinische Kits.

17:07 (16:07) [novorosinform.org](#): **In der Region Cherson wird das Luftverteidigungssystem gestärkt – Stremousow**

Das Luftverteidigungssystem in der Region Cherson werde umgebaut, um amerikanische Raketen zu erkennen, sagte Kirill Stremousow, stellvertretender Leiter der regionalen Militärverwaltung.

Er stellte fest, dass sich das Luftverteidigungssystem in Bezug auf amerikanische Raketen von dem unterscheidet, was es jetzt in der Region gibt.

„Es ist notwendig, das Luftverteidigungssystem komplett neu aufzubauen, wenn wir feststellen, dass mit genau diesen Waffen angegriffen wird“, zitierte ihn TASS.

Stremousow fügte hinzu, dass die Umgruppierung bereits begonnen habe, aber es brauche Zeit. Er sagte auch, dass die Antonowsij-Brücke, auf die die Streitkräfte der Ukraine Raketen der MLRS HIMARS abfeuerten, tatsächlich beschädigt wurde. Der stellvertretende Leiter der regionalen Militärverwaltung erklärte, dass die Brücke einstürzen könnte, wenn die Beschießungen fortgesetzt würden.

„Das Nazi-Regime in Kiew versucht verzweifelt, Cherson von der Kommunikation mit der Krim abzuschneiden“, sagte Stremousow.



https://novorosinform.org/content/images/92/19/49219_720x405.jpg

17:10 de.rt.com: **Pentagon verspricht Kiew weitere vier HIMARS-Mehrfachraketenwerfer**

US-Verteidigungsminister Lloyd Austin hat am Mittwoch bei einem Online-Treffen der Ukraine-Kontaktgruppe der Ukraine vier weitere Mehrfachraketenwerfer vom Typ HIMARS versprochen. Die bisher gelieferten Waffen dieses Typs hätten Austin zufolge "auf dem Schlachtfeld so viel bewirkt". Als Teil des nächsten Pakets für die Ukraine würden die USA außerdem weitere Waffen, Munition und Ausrüstung liefern, darunter Raketen und Artilleriegeschosse. Details würden im Laufe der Woche bekanntgegeben.

Ferner teilte der US-Minister mit, dass mehr als 30 Staaten inzwischen Waffen an die Ukraine geliefert hätten. Der Konflikt sei in einer "kritischen Phase".

"Unsere kollektive Unterstützung für die Ukraine ist also lebenswichtig und dringend."

Dass Russland denke, es könne die Ukraine und den Westen in dem Konflikt überdauern, sei ihm zufolge nur die jüngste in einer Reihe von Fehlkalkulationen Moskaus. Allein seit dem bislang letzten Treffen der Kontaktgruppe in Brüssel vor gut einem Monat hätten die USA der Ukraine Sicherheitsunterstützung in Höhe von 2,6 Milliarden Dollar zugesagt.

Die USA sind der wichtigste Waffenlieferant der Ukraine. Bislang haben sie neben zahlreichen anderen Waffensystemen zwölf HIMARS-Systeme in die Ukraine geliefert.

Telegram-Kanal des Stabs der Territorialverteidigung der DVR: **Abendbericht des Stabs der Territorialverteidigung der DVR am 20. Juli 2022**

Die Behörden der DVR führen weiter vorrangige Maßnahmen zum Wiederaufbau des sozial-humanitären Bereichs durch.

In 71 befreiten Ortschaften wurden Renten ausgezahlt.

Mehr als 4800 Menschen wandten sich an die Einrichtungen des Gesundheitswesens.

Die Arbeiten zur Herstellung von Kommunikationskanälen an Objekten in Krasnaja Poljana und Respublika wurden fortgesetzt. In Mariupol wurden Arbeiten zum Anschluss der Schule Nr. 7 an das Internet durchgeführt.

Spezialisten der Elektrizitätswerke haben Reparatur- und Wiederaufbauarbeiten an Hochspannungsleitungen und Umspannwerken in Mariupol, Wolnowacha, Krasnyj Liman, Sachanka, Iljitschewskoje, Nowoje, Losowoje, Jazkoje und Rubzy durchgeführt.

Die Gasleitungen im Wolodarskij-Bezirk wurden an das Gasversorgungssystem angeschlossen.

Zivilschutzkräfte haben mehr als 31 Hektar Territorium untersucht und 176 explosive Objekte entschärft.

Wir erinnern daran, dass einige Ortschaften der Donezker Volksrepublik mit explosiven Objekten übersät sind.

So haben die bewaffneten Formationen der Ukraine mit Hilfe von Raketenartillerie Antipersonenminen „Lepestok“ auf dem Gebiet von Jassinwowataja abgeworfen.

Zurzeit ergreifen Spezialdienste der DVR alle notwendigen Maßnahmen zur Minenräumung. Seien Sie aufmerksam und vorsichtig! Bei der Entdeckung von explosiven Objekten rufen sie das Zivilschutzministerium und die Polizei an.

Das Innenministerium und die Militärkommandantur der DVR überprüfen weiter Ausweise und gewährleisten den Schutz der öffentlichen Ordnung in allen befreiten Ortschaften.

Bei Informationen über verdächtige Personen oder mögliche rechtswidrige Aktivitäten bitten wir, sich unverzüglich an die Telefonnummern des Staatssicherheitsministerium der DVR zu wenden.

17:35 de.rt.com: **Ein Toter durch ukrainischen Beschuss im Gebiet Belgorod**

Im Dorf Nechotejewka im russischen Gebiet Belgorod wurde ein Einwohner durch ukrainischen Beschuss getötet, wie der Gouverneur Wjatscheslaw Gladkow mitteilte. Er schrieb auf seinem Telegram-Kanal:

"Heute wurden unsere Dörfer Schurawljowka und Nechotejewka von der ukrainischen Seite aus beschossen. Nach vorläufigen Angaben wurden fünf Granaten abgefeuert. In Nechotejewka wurden vier Wohnhäuser beschädigt, Dächer, Fenster, Zäune und das Dorfkлубhaus wurden zerhackt. Ein Anwohner mit Geburtsjahr 1958 wurde getötet."

Gladkow fügte hinzu, dass die Umstände des Aufenthalts des Opfers in dem Dorf, das Ende Mai umgesiedelt worden war, derzeit untersucht werden. In Schurawljowka meldete der Gouverneur keine sichtbaren Schäden.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62d80d7e48fbef6fb5031fb8.jpg>

17:38 de.rt.com: **Steigende Ölpreise: Saudi-Arabien ist an seine Kapazitätsgrenze für höhere Ölförderung gelangt**

Saudi-Arabien hat, laut "WSJ"-Informationen, begrenzte zusätzliche Kapazitäten, um die Ölproduktion im Zuge des Ukraine-Krieges zu steigern. Der saudische Außenminister machte zudem am Samstag auf dem Golf-Gipfel deutlich, dass sich Saudi-Arabien in der Wahl seiner Partner nur ungern auf US-Wunsch einschränken will.

Saudi-Arabien hat laut Informationen des [Wall Street Journal \(WSJ\)](#) begrenzte zusätzliche Kapazitäten, um die Ölproduktion im Zuge des Ukraine-Krieges zu steigern – eine Einschränkung, die es Riad erschweren würde, das globale Angebot zu erhöhen, selbst wenn Saudi-Arabien überhaupt dazu bereit wäre. Joe Bidens jüngste Reise in den Nahen Osten

brachte indes kaum handfeste Ergebnisse für den Westen. Der US-Präsident kehrte ohne eine konkrete Zusage für höhere Ölförderungen aus Saudi-Arabien zurück.

Über Ölfördermengen entscheidet grundsätzlich die Öl-Allianz OPEC Plus. Saudi-Arabien's Produktionsziel für August liegt bei etwas über 11 Millionen Barrel täglich. Dieses Niveau hat das Land allerdings nur in einigen wenigen Monaten in den Jahren 2018 und 2020 erreicht. Russland und Saudi-Arabien sind Mitglieder des Ölförderstaaten-Kartells OPEC Plus, und China ist ein wichtiger Wirtschaftspartner für die Saudis. Der saudische Außenminister, Prinz Faisal bin Farhan, machte am Samstag auf dem Golf-Gipfel deutlich, dass sich Saudi-Arabien in der Wahl seiner Partner nur ungern einschränken will.

Saudi-Arabien spielt seit langem die Rolle des "Swing-Produzenten" innerhalb der OPEC: Es ist sowohl in der Lage, die Produktion aus seinen riesigen Reserven zu steigern, als auch bereit, die Produktion zu reduzieren, um einen Preisverfall zu verhindern. Nur wenige andere Mitglieder, darunter die Vereinigten Arabischen Emirate und Kuwait, verfügen über freie Kapazitäten. Deren zusätzliche Ölförderung ist in der Regel zudem weniger bedeutend als in Saudi-Arabien. Saudi-Arabien sei nun aber beinahe an seine Kapazitätsgrenze für die Ölförderung angelangt, so das Wall Street Journal. Das Königreich habe mitgeteilt, dass seine Produktionskapazität bei rund 12 Millionen Barrel pro Tag liege. Es produziert Berichten zufolge derzeit etwa 10,5 Millionen Barrel pro Tag. Das bedeutet, dass Saudi-Arabien die Produktion möglicherweise um maximal weitere 1,5 Millionen Barrel pro Tag steigern könnte. Auf diese Weise wäre der Westen also nicht in der Lage die steigenden Ölpreise abzuwenden, um Russlands Einnahmen durch Öl zu senken.

Die OPEC hat in den letzten Monaten wiederholt Forderungen aus den USA und anderen großen Ölabnehmerstaaten zurückgewiesen, mehr Rohöl in den Markt zu pumpen, um die Preise zu drücken. Im Mittelpunkt der Ölpolitik steht jetzt das nächste Treffen der OPEC Plus, das für den 3. August geplant ist. Die aktuelle Produktionsvereinbarung der Organisation sieht eine allmähliche, monatliche Produktionssteigerung vor. Nach Angaben der OPEC-Delegierten wurde noch kein formeller Vorschlag für einen neuen Produktionsplan ab September vorgelegt.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62d7ee7648fbef6fb5031f70.jpg>

Biden trifft sich mit Mohammad Bin Salman am 16 Juli 2022

abends:

18:00 de.rt.com: DVR-Behörden: Tribunal gegen ukrainische Kriegsverbrecher findet nach vollständiger Befreiung der Republik statt

Ein endgültiges internationales Tribunal für ukrainische Kriegsverbrecher kann erst nach der Befreiung des gesamten Gebiets der Volksrepublik Donezk abgehalten werden. Dies erklärte die Vorsitzende des Ausschusses für Straf- und Verwaltungsrecht des Volksrats der DVR, Jelena Schischkina, gegenüber RIA Nowosti.

Zuvor hatte die Außenministerin der DVR Natalja Nikonorowa erklärt, dass die Volksrepublik

Donezk aktiv mit der Volksrepublik Lugansk an einem Abkommen arbeite, das die Charta eines internationalen Tribunals für das ukrainische Militär und Söldner festlegen soll. Ein logischer Schritt wäre ihrer Meinung nach die Teilnahme russischer Vertreter an diesem Tribunal. Außerdem hätten die DVR-Behörden Syrien angeboten, seine Vertreter zur Teilnahme zu entsenden, nachdem Damaskus sein "vorläufiges Interesse und Zustimmung" bekundet habe, so Nikonorowa.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62d809aab480cc353f6a201e.jpg>

Themis-Statue vor dem Obersten Gericht Russlands

18:25 de.rt.com: **IWF senkt Wachstumsprognose für Deutschland angesichts möglicher Energieengpässe**

Nach Ansicht des Internationalen Währungsfonds wird die Wirtschaft in Deutschland in diesem Jahr wegen möglicher Energieengpässe deutlich langsamer wachsen als zunächst erwartet. Die stellvertretende Direktorin der Europa-Abteilung beim IWF, Oya Celasun, sagte am Mittwoch in Washington:

"Wir glauben, dass dieses und nächstes Jahr eine Herausforderung für die deutsche Wirtschaft sein werden."

Ein Hauptgrund dafür sei die Anspannung auf dem Gasmarkt. Die Unsicherheit bei diesen Prognosen sei allerdings sehr groß. Die größte Bedrohung sehe der IWF in einer anhaltenden und vollständigen Abschaltung der russischen Gasexporte nach Deutschland und Europa im weiteren Sinne. Die deutsche Finanzpolitik müsse angesichts dieser Risiken flexibel sein und reagieren, falls sich die Situation verschlechtere, so Celasun.

In diesem Jahr erwartet der IWF ein Wirtschaftswachstum von 1,2 Prozent in Deutschland. Im Jahr 2023 dürfte das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) nach Schätzungen bei 0,8 Prozent liegen. Im Mai hatte der IWF noch für beide Jahre ein Wachstum von rund zwei Prozent prognostiziert. Die Inflation dürfte laut dem IWF im Jahr 2022 bei etwa 7,7 Prozent liegen und sich im Jahr 2023 auf etwa 4,8 Prozent abschwächen, sollten sich die Energiepreise stabilisieren.

Positiv bewertete der IWF Schritte, welche die Bundesregierung unternommen hatte, um die Energiesicherheit zu erhöhen – etwa mit Blick auf den Import von Flüssiggas oder die Gasspeicher.

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR über die Lage um 19:30 Uhr am 20.07.22

Am heutigen Tag hat der Gegner nach Informationen des GZKK der DVR mehr als 260 Geschosse mit Mehrfachraketenwerfern „Grad“, Rohrartillerie des Kalibers 155, 152 und

122mm sowie 120mm-Mörsern **abgefeuert**, außerdem hat er **nicht lenkbare Luftraketen des Kalibers 80mm eingesetzt**.

Die Gebiete von **13 Ortschaften** der Republik wurden beschossen. Infolge von Beschuss **starben 3 Zivilisten und 2 wurden verletzt**. 26 Wohnhäuser und 4 zivile

Infrastrukturobjekte wurden beschädigt.

Zusätzliche Informationen über verletzte Zivilisten und Schäden an Infrastruktur werden noch ermittelt.

Dank operativ eingehender Informationen von Bürgern auf den zeitweilig von den ukrainische Nazis besetzten Territorien haben unsere Artillerieeinheiten **in dieser Woche Positionen des Gegners beseitigt, die chaotisch friedliche Bezirke unserer Republik beschossen**. Außerdem wurden 2 Munitionslager im Gebiet von Awdejewka und Opytnoje vernichtet.

Wir wenden uns an alle Bürger, wenn Sie Augenzeugen von Verbrechen der ukrainischen Kämpfer werden, versuchen Sie, verdeckt Videos oder Fotos der Sachverhalte zu machen, ohne sich selbst zu gefährden. Nach der Absendung der genannten Informationen über den offiziellen Kommunikations-Bot der Volksmiliz der DVR in „Telegram“ werden diese Materialien als Beweisbasis zur Bestrafung ukrainischer Kriegsverbrecher mit der gesamten Strenge des Gesetzes verwendet werden.

Mit Trauer teilen wir mit, dass bei der Ausführung ihrer militärischen Pflicht im Kampf für die Unabhängigkeit **5 Verteidiger der Donezker Volksrepublik starben und 3 verletzt** wurden.

Wir sprechen den Verwandten und Freunde der Toten unser aufrichtiges Mitgefühl aus.

18:50 de.rt.com: **EU beschließt siebtes Sanktionspaket gegen Russland**

Die ständigen Vertreter der EU-Mitgliedstaaten haben das siebte Paket von Strafmaßnahmen gegen Russland gebilligt, teilte der ständige Vertreter Litauens Arnoldas Pranckevičius via Twitter mit. Dem Tweet zufolge umfasst das Paket ein Einfuhrverbot für russisches Gold, weitere Exportkontrollen, das Einfrieren der Vermögenswerte der größten russischen Bank Sberbank sowie sieht Sanktionen für mehr als 50 weitere Personen und Firmen vor.

Die Beschränkungen sollen am Donnerstag nach der Veröffentlichung im offiziellen Amtsblatt in Kraft treten, erklärte die tschechische Vertretung bei der EU. Das Genehmigungsverfahren soll bis 11 Uhr des 21. Juli Moskauer Zeit abgeschlossen sein.